



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Erscheinungsweise:
sporadisch

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Internet: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

8. Jahrgang
Nr. 28. Sept./1 2022

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungs- mitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgespräcsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betrefts weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Pentagon gibt das offensichtliche zu: AKW Saporischschja wurde wahrscheinlich von der Ukraine beschossen

de.rt.com, Di, 30 Aug 2022 15:28 UTC

US-Beamte haben Fragen zum Beschuss des AKWs Saporischschja durch Kiews Streitkräfte beantwortet. Am 29. August 2022 wurden Fotos veröffentlicht, die Schäden am Dach eines Gebäudes auf dem Gelände des Kraftwerks Blick auf das Kernkraftwerk Saporischschja, 22. August 2022.

Ein hochrangiger US-Militärbeamter gab am Montag zu, dass ukrainische Streitkräfte möglicherweise das Gebiet um das Kernkraftwerk Saporischschja angegriffen haben. Er bestand jedoch darauf, dass dies nur eine Reaktion auf russisches Feuer war, das angeblich aus dem Gebiet kam. Früher an diesem Tag teilten die russischen Behörden mit, eine ukrainische Artilleriegranate habe das Dach des Gebäudes beschädigt, in dem Reaktorbrennstoff gelagert werde.

«Was ich mit Sicherheit weiß, ist, dass die Russen aus der Umgebung des Werkes schießen», sagte der namentlich nicht genannte Beamte gegenüber Reportern während einer Hintergrundbesprechung im Pentagon.

«Ich weiß auch, dass es Schüsse gibt, die in der Nähe der Anlage eingeschlagen sind.» Der Beamte sagte, es sei «schwer zu erklären, denke ich», wie die USA die Situation um das grösste Kernkraftwerk Europas überwachten.



© www.globallookpress.com Bai Xueqi/XinHua

«Und ich möchte nicht sagen, dass die Ukrainer in dieser Gegend auch nicht geschossen haben, weil ich denke, dass dies wahrscheinlich der Fall ist, aber mit guten Absichten – in einigen Fällen erwidern die Russen das Feuer aus dieser Gegend heraus.»

Kommentar: Mit *(guten Absichten)*? Humbug.

Russische Streitkräfte übernahmen Anfang März die Kontrolle über das AKW Saporischschja. Spezialisten der Nationalgarde und des Nuklearschutzes haben den Standort gesichert, während das ukrainische Personal ungehindert weiterarbeitete. Die Regierung in Kiew behauptet, dass russische Streitkräfte das Werk in eine Militärbasis verwandelt hätten, von wo aus sie ukrainische Ziele angriffen; aber auch, dass russische Truppen sich unter falscher Flagge selbst beschossen, um die Ukraine schlecht aussehen zu lassen.

Kommentar:

Alles glasklare und offensichtliche Lügen seitens der ukrainischen Regierung. Lügen, die nicht nur hierzulande ständig als Wahrheit in den Mainstream Medien verbreitet werden.

Der US-Beamte wiederum behauptete: «Die Ukrainer sind sich der möglichen Auswirkungen eines Angriffs auf das Kernkraftwerk sehr bewusst und tun alles, um dies nicht zu tun.»

Kommentar: Auch bei dieser Behauptung scheint das Gegenteil der Fall zu sein.

Quelle: <https://de.sott.net/article/35627-Pentagon-gibt-das-offensichtliche-zu-AKW-Saporoschje-wurde-wahrscheinlich-von-der-Ukraine-beschossen>

Kommentar FIGU:

Offenbar kommt nun langsam die Wahrheit an den Tag, was wirklich in der Ukraine bezüglich der Kriegsverbrechen abgeht, die Selensky und die Amerikaner immer allein den Russen zuschieben, wie dies in den Kontaktberichten zwischen den Plejaren und Billy oftmals zur Sprache kam und in den letzten Monaten mehrmals beschrieben wurde. Nicht allein Russland begeht in der Ukraine Greuelaten, sondern auch die Ukrainer selbst, die jedoch alles Böse allein den Russen zuschieben, und zwar nicht nur bezogen auf das Atomkraftwerk, sondern allgemein auf alles und jedes.

Das sollte den Regierenden der Waffenlieferstaaten einmal zu denken geben, wie auch den dummen Befürwortern.

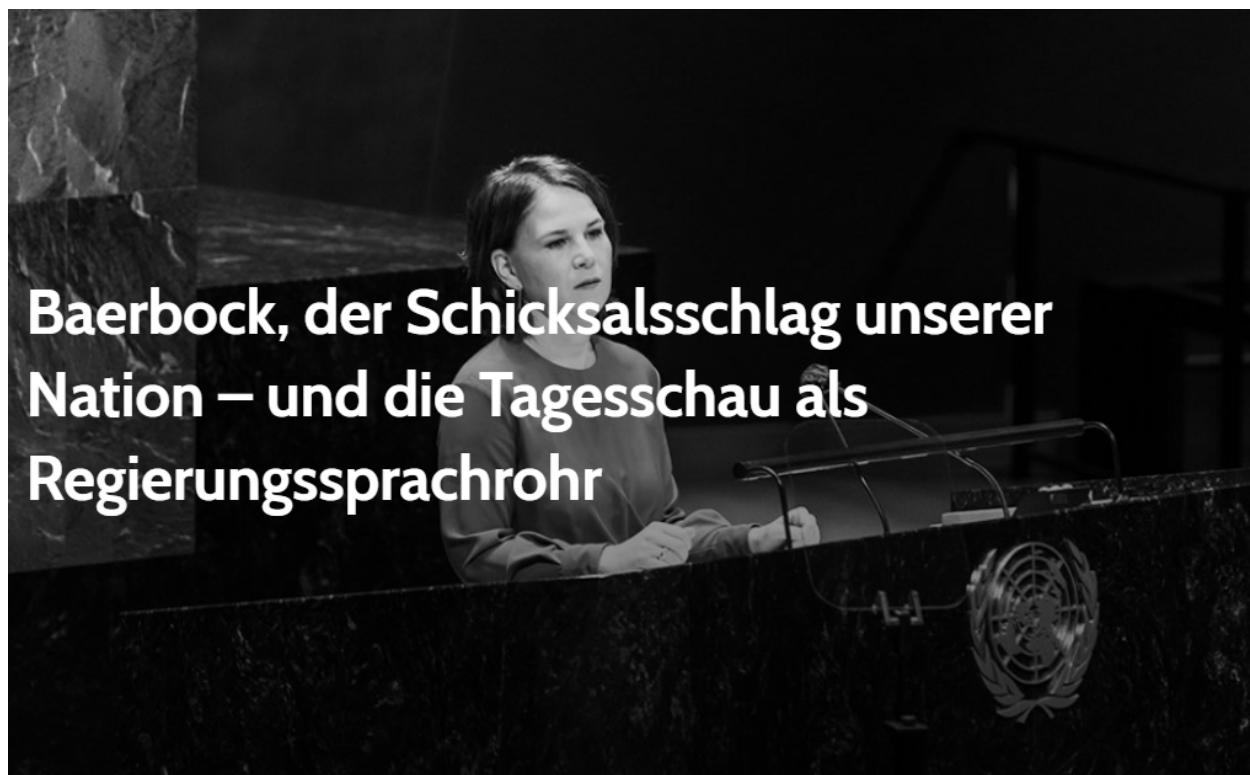
Ukraine – Eine Kurzzusammenfassung

Donnerstag, 1. September 2022, von Freeman-Fortsetzung um 7:06



Braucht es dazu noch weitere Worte?

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2022/09/ukraine-eine-kurzzusammenfassung.html#ixzz7dpnqxmXi>



Ein Artikel von Friedhelm Klinkhammer & Volker Bräutigam; 2. September 2022 um 13:00

Die personifizierte Unfähigkeit fährt alles in die Grütze, wofür das bessere Nachkriegs-Deutschland einmal stand. Eine kriegstreibende, angeblich «feministische Aussenpolitik» in Verbindung mit einer geradezu krankhaften Realitätsverweigerung führt uns direkt ins Verderben. Das Ganze völlig unkritisch sekundiert von der Tagesschau. Was für Zeiten. Von Friedhelm Klinkhammer und Volker Bräutigam.

Frauenpower, erinnern Sie sich noch? Angela Merkel fand nichts dabei, Josef Ackermann, dem Chef der Deutschen Bank, im Kanzleramt eine Saus-und-Braus-Fete zum 60. Geburtstag auszurichten. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen fand, dass sie bei 300 Millionen Euro für Beraterverträge auch einen ihrer Söhne bedenken könne. Die olivgrüne Annalena Baerbock fand, ein Sonder-Honorar aus der Parteikasse brauche nicht in ihrer Einkommensteuererklärung aufzutragen, und Nebeneinnahmen zu melden, könne jeder mal vergessen. Patricia Schlesinger fand, Promis aus Wirtschaft und Politik zu opulenten Fressabenden einzuladen und den Rundfunkbeitragszahler dafür blechen zu lassen, stehe einer RBB-Intendantin zu. Der Tagesschau ist der Aspekt «korrupte Politik von Frauen» bisher allerdings nicht aufgefallen. Die schnallt aber sowieso nie, was Sache ist.

Mag sein, man meint bei ARD-aktuell, Frauen seien per se vertrauenswürdiger, da brauche man nicht so genau hinzuschauen. Aber Frauen haben in der Weltgeschichte schon immer ihren Mann gestanden: Sie korrumpern sich und ihre Ämter ebenso effektiv, der hochgeschätzten Alice Schwarzer sei's geklagt. Kalenderblatt-Weisheit: In der repräsentativen Demokratie ist Korruption systemisch bedingt, die weisse Weste gehört nicht zum Geschäftsanzug, auch wenn Frauen ihn tragen.

Merkel ist inzwischen politische Vergangenheit und soll uns hier nicht weiter beschäftigen. Von der Leyen ebenfalls nicht, denn im Unterschied zu Baerbock hat sie einen Doktortitel (sie promovierte mit einer Plagiats-verdächtigen Dissertation von dünnen 65-Seiten) und spricht etwas besser Englisch. Baerbock hingegen «... we are thinking in old boxes» (das peinliche Gestammel mag sich im O-Ton anhören, wer mit seiner Zeit nichts anzufangen weiß) hat nur ein Master-Studium an der London-School of Economics (für Kinder begüterter Eltern) absolviert und macht den Eindruck, ihr Diplom aus einem Münz-Automaten auf dem Flughafen Heathrow gezogen zu haben. Ihr «... ich komm' eher aus'm Völkerrecht-Niveau könnte uns egal sein, wäre sie nicht grade Deutschlands katastrophale Aussenministerin.

Aus dem Nähkästchen NDR

Gucken wir aber zunächst kurz ins eigene Nähkästchen, den NDR. Aus dem können wir plaudern, schliesslich haben wir beide dort Jahrzehnte unseres Berufslebens verbracht. Wir kennen Patricia Schlesinger schon, seit sie eine karrieregeile Jungredakteurin der Fernseh-Programmdirektion in Hamburg-Lokstedt war und einen angetragenen Gewerkschaftsbeitritt brusk abwies. Dass sich diese Kollegin im Dunstkreis des NDR mit dem Korruptionsvirus infiziert haben könnte, wunderte uns nicht. Der Sender war längst bekannt für Eigennutz und Machtmisbrauch einiger seiner Führungskräfte und Mitglieder der Aufsichtsgremien.

Wir erinnern uns, dass ein ehemaliger stellvertretender Intendant seiner Ehefrau einen hoch dotierten Schein-Arbeitsvertrag bei der NDR-Werbe-Tochter verschaffte, ohne dass sie dafür irgend etwas zu tun hatte. Die Nummer bewirkte erhebliche Unruhe im Betrieb und führte schliesslich zum nicht ganz freiwilligen Abgang des Mannes. Allerdings kam er beruflich gut versorgt bei seinen Parteifreunden unter: In der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Ein weiterer NDR-Intendant liess sich zu seinem 60. Geburtstag mit pompösem Aufwand in der eigens dafür angemieteten Hamburger Musikhalle feiern und die Kosten des delikaten Events – mehr als 100'000 Euro – dem Gebührenzahler aufs Auge drücken, mit Einwilligung der Verwaltungsrats-Vorsitzenden. Er schied ein halbes Jahr vor Vertragsablauf aus, bezog aber bis zum formellen Ende weiter sein volles Gehalt. Derlei Schamlosigkeit hat Tradition im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, und die zur Kontrolle bestellten Gremienmitglieder stecken dabei nur allzu oft mit dem zu beaufsichtigenden Spitzenpersonal unter einer Decke.

Viel ist seit dem schmählichen Abgang der RBB-Intendantin Schlesinger nun von «Reformen» die Rede, von «Schadensbegrenzung», von «mehr Transparenz» im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Aber wir werden es erleben: Schon zum Jahresende geht alles bei den Gebührensendern wieder im gewohnten Trott.

Der Treppenwitz: Übergangsweise hat WDR-Intendant Tom Buhrow von Schlesinger den ARD-Vorsitz übernommen und gibt jetzt den Saubermann. Ausgerechnet Buhrow, der sich vom Verwaltungsrat fürstliche 413'000 Euro Jahresgehalt anweisen lässt – von Aufwandsentschädigungen, Spesenkonto und amtsbedingten Nebeneinnahmen gar nicht erst zu reden. Er weiß, wie man zwecks Erhalt der Freundschaft mit wichtigen Volksvertretern umgeht: Man schafft das nach Seriosität duftende Institut eines «Parlamentarischen Abends», auf dem sich Landtagsabgeordnete, Rundfunkräte und ihre Entourage auf Kosten des Rundfunkbeitragszahlers gütlich tun. Danach werden den WDR betreffende Gesetze ganz bestimmt so formuliert, dass sie Buhrow und den Herrschenden ein Wohlgefallen sind.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist gegen jede revolutionäre Veränderung hin zum «Kontrollorgan des Volkes» gefeit. Er muss bleiben, was er immer war: Herrschaftsinstrument der Regierenden, das die sich keinesfalls mehr aus der Hand nehmen lassen werden. Ob Männer oder Frauen am Ruder sind, bleibt sich dabei selbstverständlich gleich.

Ignoranz, die Wurzel allen politischen Übels

Doch zurück zur sogenannten «feministischen Politik» (die ja nur eine feministische Personalpolitik ist nach dem Prinzip Quote statt Qualität): Annalena Baerbock! Sie bringt insofern Neues auf die Bühne, als sie vollkommen hemmungslos ihren Kenntnismangel, Blickverengung, Geschwätzigkeit, Geltungssucht und kriegslüsterne Aggressivität auslebt:

«Für mich ist klar: Die Ukraine verteidigt auch unsere Freiheit, unsere Friedensordnung und wir unterstützen sie finanziell und militärisch – und zwar so lange es nötig ist. Punkt.»

Auf einem Treffen der Nicht-Regierungsorganisation «Forum 2000» am 31. August in Prag erklärte sie, sie stehe zur Ukraine: «... egal, was meine deutschen Wähler denken ...»

Dabei bleibe sie selbst dann, «wenn die Menschen in grosser Zahl wegen der hohen Energiekosten auf die Strasse gehen.»

Kontext: Ist mir doch scheissegal, wie schlecht es den deutschen Bürgern geht. Das hätten die allerdings vor der Wahl zum 20. Deutschen Bundestag wissen sollen/können.

Es wäre Baerbocks Amt, auf Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland über einen Friedensschluss zu drängen sowie auf direkte eigene Gespräche mit der russischen Regierung hinzuarbeiten. Statt dessen setzt sie unverhohlen auf Waffenlieferungen an Kiew, auf Deutschlands Rolle als Kriegspartei gegen Russland und auf Verlängerung des Entsetzens in der Ukraine:

«Wir müssen uns darauf einstellen, dass dieser Krieg noch Jahre dauern könnte.»

Zu solch bösartiger Perspektivenwahl und sprachlicher Schwäche passt das typische Nachplappern einer Grünen Göre: «Die Ukraine verteidigt auch unsere Freiheit, unsere Friedensordnung.» Baerbock quasselt garantiert kenntnisfrei und ohne zu bedenken, worüber: Über das mit Abstand korrupteste Staatsgebilde Europas, die Ukraine. Geführt von einer ersichtlich koksenden US-Marionette, einem schamlosen Neonazi-Förderer und Steuerhinterzieher mit millionenschweren Auslandskonten. Die olivgrüne Camouflage dieses hemmungslosen Antidemokraten erspart uns die Tagesschau seit Monaten an kaum einem Tag.

Die Ukraine ist ein «failed state» am Tropf des Westens. Dem Selensky verboten Grossbritannien und die USA im Mai weitere Friedensverhandlungen in der Türkei, um Russland in einem langwierigen Krieg «schwächen» zu können. In beispielloser Verantwortungslosigkeit liess sich die Marionette Selensky von den USA und der EU als machtiger Kriegsherr aufbauen, der seine Landsleute zu Zigtausenden als Kanonenfutter opfert. Im geostrategischen Interesse der USA. Sein Motto: Ihr liefert die Waffen, wir die Leichen.

Den US-Amis zu Diensten

«Feministische Aussenpolitik»? Baerbocks Kriegskurs ist nicht feministisch, schon gar nicht feminin (im Sinne von fräulich-mütterlich). Nicht ein einziges bewegendes Wort des Gedenkens und der Trauer hat Baerbock den ukrainischen und den russischen Kriegstoten gewidmet. Die Tagesschau verschweigt eh gewohnheitsmäßig, was sich auf dem «Schlachtfeld» ereignet: Jeden Tag meldet das russische Verteidigungsministerium zwischen 200 und 500 «vernichtete» ukrainische Soldaten. Hunderte Tote, Tag um Tag, in einem Krieg, der zugunsten von Freiheit und Demokratie von jetzt auf gleich beendet sein könnte – wenn Washington, London und Berlin es nur wollten.

Seit Kriegsbeginn haben mehr als 50'000 Ukrainer ihr Leben verloren. Zehn Millionen Menschen sind geflohen. Sich darüber halbwegs gesichert und aus unterschiedlichen Quellen zu informieren, ist dem deutschen Zeitgenossen normalerweise verwehrt: Alle «Feindmedien» unterliegen hierzulande der Zensur, die laut Grundgesetz aber gar nicht stattfindet und die es demnach auch nicht ausnahmsweise geben darf. Doch Rechtsnihilismus ist neuerdings deutsche Staatsräson.

Dem bundesdeutschen Erzählerjournalismus andererseits geht es um Verdummung der Bürger, um das Einlullen der Sofabesatzung: Sie soll nicht merken, dass sie für die Fortsetzung eines längst verlorenen Krieges gemolken wird. Deshalb auch meint Baerbock, zum wiederholten Male vor «Kriegsmüdigkeit» warnen zu müssen, vor dem Schreckgespenst des Friedens.

Regierungs-Sprachrohr

Die Tagesschau widmet sich hingebungsvoll der Aufgabe, den Widerstand des Westens gegen Friedensverhandlungen und die fortgesetzten massenhaften Waffenlieferungen an Kiew als Politik zur Kriegsverkürzung auszugeben. Damit verlädt die Hauptabteilung ARD-aktuell ihr Publikum vollends: «Waffenlieferungen jeder Art sind die wahrscheinlich beste Möglichkeit, den Krieg zu verkürzen, um die Balance klar in eine Richtung zu drehen.» Das hat schon Baerbock'sches Format.

Ach, was waren das noch dumm-glückliche Zeiten, als die TAZ (Hermann Gremliza: «Kinder-FAZ») sich kaum einkriegen konnte vor Freude über die erste Frau im deutschen Aussenamt:

«Wichtiger noch als eine Frau ist aber eine feministisch denkende Person. Dass wir das nun in einem haben – eine feministische, kompetente Person und dann auch noch eine Frau – das ist schon ein Glücksfall.»

Zu diesem Zeitpunkt wussten kompetente und überzeugende Feministinnen längst, was von einer Annalena Baerbock zu erwarten war. Alice Schwarzer im Frühjahr 2021:

«Aber setzt diese Frau überhaupt auf die Frauenkarte? Ist sie sich eigentlich dessen bewusst, dass sie zwar jetzt eine Frau an der Spitze ist, aber doch in einer weiterhin männerbeherrschten Welt? ... Doch die F-Frage schien sie nicht zu verstehen oder nicht verstehen zu wollen. Sie plauderte kurz und munter über ihre eigene Familie und dass die immer wisse, wo sie, die Mutter, ‹hingehöre›. Aber weiss Annalena Baerbock auch, wo sie politisch hingehört?»

Im Januar 2022 liess Ministerin Annalena Baerbock die Leitlinien ihrer zukünftigen Arbeit skizzieren: Im Kern eine menschenrechtsorientierte Klimapolitik und eine *feministische Aussenpolitik*. Expertendefinition: Unter feministischer Aussenpolitik sei die Militarisierung von Sicherheitsstrukturen aufzugeben und gegen die Überzeugung aufzutreten, dass *„mehr Waffen gleich mehr Sicherheit bedeuten ...“*

Schon zwei Monate später galt das nicht mehr. Baerbock machte die Volte rückwärts und bewies mit über- schäumendem Engagement für Waffenlieferungen an die Ukraine, dass ihr jegliche Grundsatztreue fehlt. Sie lebt seither manhaft ihre Machtbefugnis aus. Dass sie sich noch zu Jahresbeginn gegen Waffenlieferungen in Krisengebiete ausgesprochen hatte, war vergessen.

Im Zivilleben nennt man solche Leute auf Rheinisch *‘ne fiese Möpp’*. Auf Alltagsdeutsch charakterlos.

Krankhafte Realitätsverweigerung

Statt grundgesetzkonform friedensbemühter Aussenpolitik liefert Baerbock kriegerische und völkerrechtswidrige Sanktionsbeschlüsse vom Band, ganz im Sinne ihrer Washingtoner Vorturner: «Wir treffen das System Putin dort, wo es getroffen werden muss, eben nicht nur wirtschaftlich und finanziell, sondern in seinem Machtkern», schwadronierte Baerbock und liess ihrem Publikum damit die Wahl, ob es über soviel Unverstand lachen oder weinen sollte. Putin und Lawrow seien, behauptete Baerbock, verantwortlich dafür, «dass das internationale System mit Füssen getreten wird. Und das nehmen wir als Europäerinnen und Europäer nicht hin.»

Mit diesem Dummgeschwätz aber nicht genug. Baerbock-Schnellsprech, ohne Punkt und Komma, am Rande des NATO-Sommergipfels in Madrid: «... wir wollten weiter mit Russland äh leben, es war nie Ziel der NATO in Konfrontation mit Russland zu gehen ganz im Gegenteil man hat ja im Rahmen der NATO gemeinsam mit Russland vor einiger Zeit, vor längerer Zeit, die NATO-Russland-Grundakte auch beschlossen das war genau das Instrument wie man in Frieden, in Vertrauen miteinander lebt aber dieses Vertrauen hat Russland im wahrsten Sinne des Wortes in die Luft gesprengt und jetzt gilt es gerade, diese Länder zu unterstützen, die in direkter Nachbarschaft an der Grenze zu Russland, äh, liegen, weil die sich fürchten, äh, wenn sie angegriffen werden wir machen hier deutlich wir stehen in voller Solidarität mit den baltischen Staaten, mit Finnland und Schweden und werden jeden Winkel unseres gemeinsamen Bündnisgebietes verteidigen wenn es denn so sein sollte aber wir tun alles, dass es dazu nicht kommt ...»

An dieser Stelle des Interviews haben wir kapituliert. In Anlehnung an Karl Kraus gestehen wir der Baerbock zu: Man muss nicht nur keine Ahnung haben, wovon man eigentlich spricht, man muss es auch noch schlecht ausdrücken können. Dann kann man deutsche Aussenministerin.

Endsieg-Besoffenheit

Hochmut kommt vor dem Fall, weiss der Volksmund. Die Sanktionen der USA und der EU in Verbindung mit deutscher Endsieg-Besoffenheit und dem Berliner Wohlwollen für Ukrainer treten bekanntlich nicht die Russen, sondern schlagen auf die sanktionierenden Staaten zurück: Unerträgliche Preiserhöhungen, Konkurse, zunehmende Schwäche und Kostenexplosion bei der Energieversorgung, Reallohn- und Arbeitsplatzverluste. Schwächelnder Dollar und Euro, zulegender Rubel. All das begleitet von machtrunkenen Normierungsappellen (Heizung abdrehen, Pullover anziehen, Waschlappen statt Dusche ... Fehlt nur noch: Klopapier sparen, die Zeitung dafür vierteln – oder gleich Gras nehmen, wie früher der Soldat im Felde). Das ist die Darbietung grüner Dilettanten, deren Russenhass sie längst auch persönlich disqualifiziert: Baerbock (und gleich nach ihr Habeck) sind Versager, denen man zum mindesten Untreue, Amtsmissbrauch und letztlich Friedens- und Landesverrat vorwerfen kann. Und die trotzdem nicht im Traum daran denken, sich endlich vom Acker zu machen. Hinter Baerbocks öffentlicher Warnung vor Volksaufständen steckt keine Spur von Bewusstsein ihrer Inkompetenz.

Es ficht sie nicht an, dass viele ihrer Mitbürger in objektiv begründeten Existenzängsten leben und sich an den schon leeren Tafeln immer noch lange Warteschlangen bilden. Ihr und ihren grünen Ministerkollegen geht es ja prächtig, sie sind dicke versorgt, ihr Alltag bleibt von den Folgen ihrer Politik weitestgehend unberührt. Der Elitenforscher Michael Hartmann bündig: «Die Eliten sind in ihrer grossen Mehrheit inzwischen so weit von der breiten Bevölkerung entfernt, dass sie zunehmend Schwierigkeiten haben, deren Probleme zu erkennen und die Folgen ihrer Entscheidungen für die Bevölkerung zu verstehen.»

Das Einst und das Jetzt

Otto Graf Bismarck reiste 1859 als preussischer Gesandter nach St. Petersburg, lernte in kürzester Zeit Russisch und bezeichnete den Aussenminister Fürst Gortschakow als seinen Lehrmeister in Diplomatie. Er warnte vor jedem Gedanken an Krieg gegen Russland:

«Selbst der günstigste Ausgang ... würde niemals die Zersetzung der Hauptmacht Russlands zur Folge haben ... (und Russland würde) nach einer Niederlage unser geborener und revanchebedürftiger Gegner bleiben.»

Noch auf seinem Sterbebett warnte Bismarck: «Niemals gegen Russland!» Aussenministerin Baerbock («... ich komm' ja mehr aus'm Völkerrecht») weiss aber auch von Bismarck wahrscheinlich nicht viel mehr, als dass er mit Nachnamen Hering hiess und von ihm der Rollmops kommt. So ist das eben, wenn eine Aussenministerin aus unserer Geschichte nichts gelernt und von Diplomatie sowieso keinen Schimmer hat.

Borniertheit gedeiht auf grünem Nährboden bestens. Da verspricht sie reiche Ernte: Faschistoides Denken und Verhalten – deutsche Blockwartmentalität! – werden folglich bei uns abermals zur Normalität. Sie zeigen sich deutlich im neuerlichen Diskurs über Deutschlands Mitwirkung am Krieg gegen Russland. Oskar Lafontaine: «Die Äusserung von Annalena Baerbock, wir sollten ‹Russland ruinieren›, muss man schon faschistoid nennen.»

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=87553>

Egal, was die Wähler denken

Autor Vera Lengsfeld Veröffentlicht am 2. September 2022

Deutlicher kann man die Haltung der Ampel-Regierung nicht charakterisieren, wie es Aussenministerin Baerbock in Prag getan hat. Nachdem es heftige Kritik, sogar in manchen Mainstreammedien, gab, setzten Baerbock-Jünger als Verteidigung in Umlauf, dass die ‹offenen und eindeutigen› Worte der Aussenministerin aus dem Zusammenhang gerissen seien. Deshalb hier der Zusammenhang, wie ihn ‹Tichys Einblick› aus dem Stolper-Englischen von Baerbock ins Deutsche übersetzt hat.

«Wenn ich den Menschen in der Ukraine das Versprechen gebe: ‹Wir stehen an eurer Seite, so lange, wie ihr uns braucht, dann will ich auch liefern. Egal, was meine deutschen Wähler denken: Ich möchte für die Ukraine liefern. Und deshalb ist es für mich immer wichtig, immer sehr offen und eindeutig zu sein. Und das bedeutet, dass ich bei jeder Massnahme, die ich ergreife, eindeutig machen muss, dass diese Massnahme so lange hält, wie die Ukraine mich braucht. (...)»

Wir gehen nun auf einen Winter zu, in dem wir als demokratische Politiker herausgefordert werden. Menschen werden auf die Strasse gehen und sagen: Wir können unsere Energiepreise nicht bezahlen. Und ich werde sagen: Ja, ich weiss, wir werden euch also mit sozialen Massnahmen helfen. Aber ich will nicht sagen: Okay, dann beenden wir die Sanktionen gegen Russland. Wir werden an der Seite der Ukraine stehen, und das bedeutet, dass die Sanktionen auch über den Winter bleiben werden, auch wenn es wirklich hart für Politiker wird.»

Abgesehen davon, dass die ‹Das Netz ist unser Speicher›-Ministerin den Unterschied zwischen Preisen (die von den Anbietern und der Politik diktiert) und Rechnungen (die wir bezahlen müssen) nicht zu kennen scheint, ist die Ansage absolut unmissverständlich: Die Ampelkoalition hat sich davon verabschiedet, die Interessen ihrer Wähler zu vertreten und ist einem größenwahnsinnigen Helfersyndrom verfallen. Diesmal soll die Welt offenbar mit deutscher Güte erobert werden, egal was das für Folgen für das Land hat, von dem Schaden abzuwenden, diese Politiker bei ihrer Amtsübernahme noch geschworen haben.

Man sollte ab sofort nicht mehr von Versagen der Regierung sprechen, sondern von Mutwillen. Dem Land wird nicht aus Versehen geschadet, sondern mit Absicht. Was noch als ‹drohender Wohlstandsverlust› etikettiert wird, ist in Wahrheit ein systematisch betriebener Wohlstandsabbau.

Anders ist nicht zu erklären, dass ein Konzern die Gasumlage erfindet, von der er ab Oktober profitieren will. (Das erinnert an Karl Lauterbach, der nach eigenem Eingeständnis der Uni die Einrichtung eben jener Professorenstelle empfohlen hat, auf die er sich dann erfolgreich bewarb).

Anders ist nicht zu erklären, warum in Deutschland im Herbst wieder Corona-Massnahmen eingeführt werden, die, abgesehen von China und Nordkorea, fast auf der ganzen Welt suspendiert wurden. Wie Baerbock schon mehrmals verkündet hat, rechnet die Regierung mit heftigen Reaktionen der Bürger, denen sie gerade tief in die Tasche greift, um ihre humanitäre Grossmacht- und Klimarettungsphantasien zu erfüllen.

Baerbock & Co werden liefern, was sie offen ankündigen. Die Bürger sollten ihre Botschaft nicht nur hören, sondern glauben und überlegen, ob sie das wirklich mit sich machen lassen wollen.

Wer schweigt, stimmt zu!

Quelle: <https://vera-lengsfeld.de/2022/09/02/egal-was-die-waehler-denken/#more-6704>

Der Krieg in der Ukraine ist ein Vorgeschmack auf weitreichende Veränderungen

uncut-news.ch, September 1, 2022



Wenn man den Krieg in der Ukraine verfolgt, macht man die Erfahrung, dass man sich beim Lesen der westlichen Medien fragen muss, woher diese Leute ihre Informationen nehmen. Die westlichen Medien sind von den Ereignissen vor Ort und der Art und Weise, wie darüber berichtet wird, fast völlig abgehoben. In der britischen Presse ist dies deutlicher zu erkennen als sonst in Europa. Als ich vor Kurzem das Vereinigte Königreich besuchte, war ich schockiert über die Berichterstattung über den Krieg, oder besser gesagt über das, was sie vorgab, zu sein. Sie war so völlig losgelöst von der Realität, dass man innehalten und sich daran erinnern musste, dass das, was berichtet wurde, nicht so sehr eine Chronik der Ereignisse war, sondern eher eine Reihe von Aussagen, die das widerspiegeln, was die Briten hofften, dass es der Fall sein würde. Darin spiegeln sie die völlige Realitätsferne wider, die sich in den zunehmend bizarren Äusserungen des ukrainischen Präsidenten zeigt. In seiner letzten Erklärung vom vergangenen Sonntag sagte Präsident Selensky, die Ukraine werde den Donbass zurückerobern. Dabei handelt es sich um den überwiegend russischsprachigen Teil des Landes, der 2015 ein Abkommen mit der ukrainischen Regierung unterzeichnete und dem Donbass offenbar ein erhebliches Mass an Unabhängigkeit gewährte.

Was die Regierung des Donbass damals nicht wusste, war, dass die ukrainische Regierung nicht die Absicht hatte, ihre Verpflichtungen aus dem Abkommen zu erfüllen. Stattdessen besetzten Zehntausende von ukrainischen Truppen die Region und werden erst jetzt, nach der russischen Intervention im Februar dieses Jahres, gewaltsam abgezogen.

Dass die Russen so lange gebraucht haben, um einzugreifen, ist eines der grossen Rätsel der ganzen Angelegenheit. Es muss schon lange vor der russischen Intervention im Februar klar gewesen sein, dass die ukrainische Regierung nicht die Absicht hatte, ihre Verpflichtungen aus den Abkommen von 2014 und 2015 zu erfüllen. Der wahre Grund für die ukrainische Unnachgiebigkeit liegt vermutlich darin, dass die ukrainische Regierung nicht diejenige war, die tatsächlich die Entscheidungen traf. Vielmehr waren es die Amerikaner. Sie waren es schliesslich, die den Putsch zum Sturz der rechtmässigen ukrainischen Regierung im Jahr 2014 eingefädelt haben und die von ihnen eingesetzte Regierung seitdem unterstützen. Das Ziel war damals wie heute im Wesentlichen ein antirussischer Schachzug.

Die Amerikaner hätten sich über die russische Intervention im Februar 2022 gefreut, da sie ihnen den perfekten Vorwand lieferte, ihre antirussische Politik auszuweiten, einschliesslich der beabsichtigten Ablösung von Wladimir Putin als russischem Präsidenten. Diese gesamte Politik, einschliesslich der Abtrennung der Europäer von der russischen Wirtschaft, ist ein kläglicher Fehlschlag gewesen. Weit davon entfernt, die Russen an den Rand des Zusammenbruchs zu bringen, war dies das Schicksal der grossen Mehrheit der 30 Mitglieder der Europäischen Union. Sie sind es, die nun mit der düsteren Aussicht konfrontiert sind, in diesem Winter buchstäblich erfroren zu sein, da die Russen die Öl- und Gaslieferungen stark reduziert und die Rolle von Nord Stream 1 für das Funktionieren des europäischen Systems effektiv eingeschränkt haben. Die Deutschen sprechen jetzt sogar davon, das Projekt Nord Stream 2 wiederzubeleben, das schon vor Monaten bereit war, Europa mit Energie zu versorgen, aber von einer schwachen deutschen Regierung gestoppt wurde, die den Amerikanern so hörig war, dass sie bereit war, ihre eigene lebenswichtige Energieversorgung zu gefährden, um den amerikanischen Wünschen nachzukommen. Wie ein altes Sprichwort sagt, war dies ein klassisches Beispiel dafür, sich ins eigene Fleisch zu schneiden. Jetzt sind die Deutschen in der unangenehmen Lage, ihren Fehler zugeben zu müssen und die Russen förmlich anzuflehen, sie aus ihrer selbst auferlegten Falle zu befreien. Es überrascht nicht, dass die Russen alles andere als daran interessiert sind, die Deutschen vor den Folgen ihrer eigenen Dummheit zu bewahren.

Die Verkörperung dieser Realitätsferne war die Rede von Selensky am vergangenen Sonntag. Er behauptete, die Ukraine werde den Donbass zurückerobern. «Wir haben keine unserer Städte und kein einziges Volk vergessen und werden dies auch nicht tun», sagte er. Um seine völlige Realitätsferne zu unterstreichen,

fuhr Selensky fort: «Das ukrainische Donezk wurde von der russischen Besatzung gedemütigt und ausgeraubt. Aber die Ukraine wird zurückkehren. Ganz sicher. Das Leben wird zurückkehren. Die Würde der Menschen im Donbass wird zurückkehren.» Er behauptete sogar, dass die ukrainische Flagge «auf jeden Fall» wieder auf der Krim gehisst werden wird.

Es gibt widersprüchliche Berichte, dass Selensky sowohl ein Alkohol- als auch ein Drogenproblem hat. Vielleicht hat er weder das eine, noch das andere. Sicher ist jedoch, dass er sich völlig von der Realität entfernt hat. Seine Anspielungen auf die Rückeroberung der Krim sind ein typisches Beispiel dafür. Diese Insel wurde 1954 vom damaligen russischen Präsidenten Chruschtschow an die Ukraine verschenkt. Die Bevölkerung der Krim wurde nicht konsultiert. Damals waren sowohl die Ukraine als auch die Krim Teil der UdSSR, und die Übertragung hatte kaum praktische Folgen. Es ist jedoch ein Beispiel für die selektive Geschichtsberichterstattung der westlichen Medien, dass sie die relevante Geschichte völlig ausser Acht lassen und ernsthaft über Selenskys Behauptungen zur Rückforderung der Krim berichten. Es ist genauso unwahrscheinlich, dass die Bevölkerung der Krim zu einem solchen Schritt befragt wird, wie es 1954 der Fall war. Sicher ist jedoch, dass die überwiegende Mehrheit der Krimbewohner mit dem gegenwärtigen Status quo zufrieden ist und auf keinen Fall in die Ukraine zurückkehren möchte, weder unter Selensky noch unter jemand anderem. Es ist typisch für die westlichen Medien, dass sie die Wünsche der Krim-Bevölkerung ignoriert haben, um den flüchtigen Traum des derzeitigen ukrainischen Präsidenten zu fördern.

Der Rest von Selenskys Rede, die oben zitiert wurde, ist ebenso weit von der Realität entfernt. Der Donbass ist inzwischen von Russland zurückerobert worden und wird höchstwahrscheinlich nicht wieder unter ukrainische Kontrolle gelangen. Jegliche ukrainischen Ansprüche auf das Gebiet wurden durch die umfassende Diskriminierung der Region durch die ukrainischen Streitkräfte untergraben, die unter anderem mehr als 14'000 Menschen tötete und eine Million weitere ins Exil zwang. Das von der Ukraine verhängte Verbot des Gebrauchs der russischen Sprache war ein weiterer Schritt, der höchstwahrscheinlich nicht dazu führen wird, dass die Bevölkerung des Donbass positiv auf den ukrainischen Herrschaftsanspruch reagiert.

Angesichts dieser Tatsachen ist es schwer vorstellbar, dass der Donbass jemals wieder unter ukrainische Kontrolle gerät. Die Amerikaner möchten, dass der Krieg weitergeht. Aus ihrer Sicht ist es eine Win-Win-Situation. Die Russen sind in einen unpopulären Krieg verwickelt, der sie im Westen viel Unterstützung gekostet hat. Die Amerikaner können ihre neuen Waffen ausprobieren, ohne ihre eigenen Soldaten dem Risiko auszusetzen, getötet zu werden. Sie haben jedoch übersehen, dass der Grossteil der Weltbevölkerung ihre Version der Ereignisse nicht unterstützt. Russland hat die europäischen Sanktionen überlebt und gedeiht in anderen Teilen der Welt. Es sind die Europäer, unter denen Sie leiden, und das wird sich in absehbarer Zeit noch verschlimmern.

Die europäische Reaktion hat jedoch Russlands Haltung gegenüber der bestehenden Gesellschaftsordnung stark verhärtet. Zusammen mit China schmiedet es ein völlig neues System geopolitischer und wirtschaftlicher Beziehungen. Die Folgen dieser Veränderungen werden schliesslich den verbleibenden Einfluss der Vereinigten Staaten in weiten Teilen der Welt untergraben. Ein solches Ergebnis ist meines Erachtens zu begrüssen.

Von James O'Neill: Er ist ein in Australien lebender ehemaliger Rechtsanwalt, schreibt exklusiv für das Online-Magazin «New Eastern Outlook».

QUELLE: THE WAR IN UKRAINE IS A FORETASTE OF MUCH WIDER CHANGES

Quelle: <https://uncutnews.ch/der-krieg-in-der-ukraine-ist-ein-vorgeschmack-auf-weitreichende-veraenderungen/>

Die westliche Propaganda und ihre Folgen

uncut-news.ch, September 2, 2022, von Asia Teacher für den Saker Blog



Während Präsident Selensky den Status einer medialen Berühmtheit erlangt, die von westlichen politischen Führern und Hollywoods Glitzernden verehrt wird, die sich alle um ein Fotoshooting drängeln, sollten wir die Propaganda, die dahintersteckt, und die Konsequenzen, die sich jetzt abzeichnen, nicht vergessen.

Die westliche Propaganda, die wir derzeit erleben, ist nichts Neues. Der heutige Präsident Putin gesellt sich zu den «Monstern» des Nahen Ostens von gestern, während die aktuellen ukrainischen Nazi-Milizen zu «Freiheitskämpfern» und die Russen zu «Nazis» werden. Ebenso wurden die früheren Terrorgruppen des Nahen Ostens zu «gemässigten Islamisten», aber nur, wenn sie für eine US-geführte NATO im Irak und in Syrien kämpften. Doch die Macht des Glaubens an eine bereits verblödete westliche Mehrheitsbevölkerung ist so gross, dass er zur Tatsache geworden ist.

In unserer auf den Kopf gestellten Welt ist die Realität für 15% unserer westlichen Führer, die sich selbst als «internationale Gemeinschaft» betrachten, längst verschwunden. Am 24. August unterstützten nur 54 von 193 Ländern eine UN-Resolution, in der Russland dafür verurteilt wurde, dass es seine Intervention in der Ukraine nicht eingestellt hat, was die Frage aufwirft, warum die Mehrheitsbevölkerung, die die heutigen westlichen Politiker verabscheut, ihnen leidenschaftlich und oft sogar fanatisch jedes Wort glaubt?

Die Lieferung von Waffen und finanzieller Hilfe an die Ukraine, die es Russland ermöglicht, sich in einem endlosen Krieg mit immer mehr Opfern zu verstricken, ist zusammen mit den Sanktionen, die den Lebensstandard der russischen Mittelklasse senken, nur ein weiterer Versuch eines Regimewechsels. Da es Russland nicht gelungen ist, die Ölproduzenten des Nahen Ostens zu kontrollieren, ist es ausserdem nicht unbemerkt geblieben, dass es selbst ein wichtiger Gas- und Ölproduzent ist.

Bathsheba Crocker, US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, warnte am 21. Februar vor dem Einmarsch in der «New York Times», dass Russland eine «Hitliste» von Personen habe, die verhaftet, inhaftiert und gefoltert werden sollten, darunter «gefährdete Bevölkerungsgruppen wie religiöse und ethnische Minderheiten und LGBTQI+-Personen». Woher sie das wusste, wird nicht erklärt, aber die Erwähnung von Homosexuellen als gefährdete Gruppe scheint jetzt in jedem Medienbericht obligatorisch zu sein.

Von Anschuldigungen, die von der ukrainischen Menschenrechtskommissarin Ljudmila Denisowa als Fakten dargestellt und von der britischen «Daily Mail» und der US-amerikanischen «New York Times» im Mai aufgegriffen wurden, wonach es in der Nähe von Kiew wiederholt zu Vergewaltigungen und Morden an Kindern gekommen sei. Gleichzeitig titelte Newsweek im Mai: «Russen zielen mit Sprengstoff auf Kinderbetten und -zimmer: Ukrainian Bomb Team»; was für kranke Köpfe denken sich so etwas aus?! Obwohl beide Schlagzeilen in einem Nachrichtenformat verfasst waren, enthielten sie den Hinweis, dass der Inhalt nicht überprüft wurde. Warum sollte man sie dann als Nachrichten melden? Man kann davon ausgehen, dass sich diese Geschichten mit der Zeit zu Saddams Massenvernichtungswaffen und dem Geist von Kiew gesellen werden.

Das Problem der aktuellen westlichen Propaganda ist, dass sie auf Sensationslust beruht und jede erfundene Geschichte die letzte übertreffen muss, um ihren WOW-Effekt zu behalten. In der heutigen Welt schlagen die Nachbarn Polen und Slowakei den Bau einer Öl-«Friedenspipeline» vor, im Gegensatz zu dem, was der polnische Präsident Morawiecki als die deutsche Nordstream-«Kriegspipeline» bezeichnet. In der Zwischenzeit wird weiter darüber diskutiert, warum Russland das Atomkraftwerk in Saporischschja mit Raketen aus amerikanischer Produktion beschiesst und Fragmente von US-HIMARS-Raketen in Jelenowka gefunden wurden, wo 57 Asow-Gefangene starben und 130 verwundet wurden, als sie für die bevorstehenden Kriegsverbrecherprozesse aussagten. Die Beweise verschwinden lassen?

Wem werden westliche Politiker die Schuld geben, wenn die Waffen, die sie in die Ukraine schicken, für einen weiteren Zwischenfall vom Typ Tschernobyl verantwortlich sind, während Inspektoren der Internationalen Atomenergiebehörde im Kernkraftwerk Saporischschja eintreffen und vor dem Betreten vorschlagen, die Anlage den ukrainischen Behörden zu übergeben. Bin ich der Einzige, den der Gedanke an ein Atomkraftwerk in den Händen der ukrainischen Streitkräfte, in deren Reihen sich auch Neonazi-Milizbataillone befinden, entsetzt?

Dass es in der Ukraine nicht um Freiheit und Demokratie, sondern um einen russischen Regimewechsel geht, ist kein gut gehütetes Geheimnis. Ein Jahr vor dem Sturz Janukowitschs 2014 hatte Carl Gershman, Direktor der US-NGO National Endowment for Democracy (NED), bereits erklärt: «Die Ukraine ist der grösste Preis ... Wenn sie von Russland weg und in den Westen gezogen werden könnte, könnte sich Putin nicht nur im nahen Ausland, sondern auch innerhalb Russlands selbst auf verlorenem Posten wiederfinden.» Kürzlich, am 1. März 2022, sagte ein Sprecher des britischen Premierministers: «Aber die Massnahmen (Sanktionen), die wir einführen, die grosse Teile der Welt einführen, sind dazu da, das Putin-Regime zu stürzen.» Oder wie Bruno Le Maire, französischer Wirtschafts- und Finanzminister, erklärte: «Wir werden einen totalen wirtschaftlichen und finanziellen Krieg gegen Russland führen.»

Umgekehrt ist das Gegenteil eingetreten. Zu Beginn der Intervention stand der Rubel bei 85 zum Dollar. Heute liegt er bei 61,35, d. h. der Rubel ist gegenüber dem Dollar sogar stärker geworden. Unabhängig von der Höhe und der Strenge der Sanktionen gehen die grossen Erdölproduzenten nicht in Konkurs, auch wenn sie von anderen Katastrophen heimgesucht werden.

Doch sechs Monate nach dem Einmarsch werden die negativen Auswirkungen der Sanktionen auf Energie und industrielle Düngemittel im Westen nur allzu deutlich sichtbar. Steigende Inflation und Lebensmittelpreise, Rekordkonkurse und enorme Energiepreiserhöhungen, während Millionen ukrainischer Einwanderer in ein bereits geschwächtes und von der Rezession betroffenes Westeuropa strömen. Wer wird zuerst blinzeln?

Obwohl sich der Westen derzeit in einer schwierigen sozialen und wirtschaftlichen Lage befindet, wäre die Absetzung von Präsident Putin und seine Ersetzung durch eine andere Marionette vom Typ Jelzin aus den 1990er-Jahren ein grosser Gewinn für den Westen und natürlich für die Wall Street.

In unseren technologisch hoch entwickelten westlichen Gesellschaften ist billige Energie und viel davon der Grund, warum wir als Gesellschaften der ersten Welt existieren. Der Mythos von alternativer und nachhaltiger grüner Energie hat sich nicht bewahrheitet, weil es ihn nicht gibt. Wenn wir uns unsere Lebensgrundlage entziehen, werden wir einen endgültigen Zusammenbruch erleben. Trotz des politischen Pessimismus und des Wirbels werden sich unsere Volkswirtschaften nicht erholen, wenn die gegenwärtige Situation endet, die verlorenen Arbeitsplätze werden nicht zurückkehren und die Inflation wird nicht auf magische Weise auf nahezu Null zurückkehren. Das ist sie, die letzte Schlacht der Zivilisationen, und ich kann auf Identitätspolitik, die Homosexualitätsagenda, Drogen- und Verbrechenseuchen und offene Grenzen verzichten.

Asia Teacher ist britischer Staatsbürger, pensionierter Lehrer für Englisch sowie Sozial- und Politikwissenschaften.

QUELLE: WESTERN PROPAGANDA AND ITS AFTERMATH

Quelle: <https://uncutnews.ch/die-westliche-propaganda-und-ihre-folgen/>

Mächtige Mitwisser: Die organisierte Kriminalität unter den «Volksvertretern» gefährdet unsere Demokratie

von Markus Gelau Mittwoch, 31. August 2022, 17:00 Uhr

Seit genau 20 Jahren weiss die Bundesregierung vom CumEx-Betrug. Und genauso lange wird dieses Verbrechen an den europäischen Steuerzahldern zuverlässig immer nur dann an die Oberfläche gespült, wenn es der Agenda nützt. Die dunklen Verwicklungen des Kanzlerkandidaten Olaf Scholz haben 2021 offenbar niemanden interessiert. Dass seine Vergangenheit in Form des CumEx-Damoklesswertes ihn ausgerechnet jetzt – zumindest vordergründig – einholt, erinnert ein wenig an gängige Schemata der Vergangenheit. Das eine oder andere Skändelchen in der Schublade diverser Interessengruppen sorgt eben schon immer zuverlässig dafür, den eigenen Kandidaten auf Kurs zu halten. Denn Fakt ist: Das Ausmass an selbstzerstörerischer Narretei, in welche sich dieses Land gerade unter Olaf Scholz, unter aktiver Mitwirkung schlafwandlernden und von US-Thinktanks geformten Grünen, begibt, ist auch politisch eher Uninteressierten nur noch schwer zu vermitteln. Naiv zu glauben, dass dieser Fakt einem Olaf Scholz, der aus gutem Grund zunehmend öffentliche Auftritte vermeiden wird, verborgen bliebe. Cui bono? Wer also sind die Interessengruppen, die die deutsche Regierung unter Scholz in ihrem mittlerweile kafkaesken Handeln antreiben? Der Mittelstand, die deutsche Industrie, das Handwerk oder gar die Bürger sind es offenbar nicht.

«Wer sich nicht damit identifizieren kann, dass in Deutschland weniger Kindergärten gebaut werden, weil wir solche Geschäfte machen, der ist hier falsch.»



So lautet ein verbürgtes Zitat eines «CumEx»-Meetings von Investoren, darunter übliche Verdächtige wie Veronica Ferres, Carsten Maschmeyer und so weiter, in Frankfurt. Involviert: Banker, Politiker, Lobbyisten, Minister. Die «sogenannte» Elite dieses Landes.

Schon vor knapp vier Jahren wurden die sogenannten CumEx-Files öffentlich: Der grösste Betrug der kapitalistischen und neoliberalen Elite an den Völkern und den Menschen Europas. Die Konsequenzen: Null. Ausser: Whistleblower wurden verklagt, nach gängigem Muster zum Schweigen gebracht.

Unter «CumEx» können sich auch heute nur die wenigsten Bürger etwas vorstellen

Das gigantische Ausmass des CumEx-Betrugs war allen Bundesregierungen, also genau denselben Politmarionetten, denen ihr jetzt eure Gesundheit anvertraut, nachweisbar seit 2002 bekannt. Das Bundesfinanzministerium unterschlug diese ihm fast zehn Jahre vor Veröffentlichung zugegangenen Informationen schlicht.

Und während 2018, zum Zeitpunkt der Aufdeckung der CumEx-Geschäfte, der humanistische Mittelstandsbürger «unteilbar» zusammen mit der Elite gegen die rechte Gefahr marschierte, hat diese Elite – deutsche Banken und Superreiche – Deutschland um mindestens 35 Milliarden Euro betrogen: Unter den sogenannten CumEx versteht man nämlich keinen leicht schmutzigen Film mit deiner Ex, sondern extrem schmutzigen Steuerbetrug in gigantischem Massstab. Den grössten, der in diesem Land jemals stattgefunden hat, um genau zu sein. Dabei geht es hier nicht nur um Steuerhinterziehung. Bei CumEx liessen sich deutsche Superreiche in grossem Stil Steuern zurückzahlen, die sie nie bezahlt hatten. Diebstahl in unfassbarer Höhe.

**Mit CumEx stahlen Superreiche den deutschen Bürgern über 30 Milliarden Euro:
Das sind übrigens 3 Jahre 9 Euro-Ticket für alle**

Der von mir sehr geschätzte Fabio de Masi hat das mal einfach erklärt: Wenn du im Lidl deine Flaschen in die Maschine steckst, bekommst du am Ende einen Pfandbon, den du an der Kasse einlöst. Wenn du diesen Pfandbon nun tausende Male kopierst und tausende Male zur Lidl-Kasse rennst, kassierst du tausende Male Pfand, das du nie bezahlt hast. Genau das taten – von der hohen Politik geschützte – Superreiche in Europa.

Ausgetüftelt wurde der Betrug in der Mannheimer Anwaltskanzlei eines gewissen Stephan Harbarth. Der ist nun Chef des Bundesverfassungsgerichts, der höchsten deutschen Instanz der Judikative.

Um das etwas greifbarer zu machen – ich hab's durchgerechnet: Die Summe, um die Deutschlands Superreiche ihre Mitbürger bewusst betrogen haben, wäre genug, um in jede Schule in unserem Land rund eine Million Euro zu investieren. In jede. Lasst das mal sacken.

Insgesamt wurden den hart arbeitenden Bürgern Europas mindestens 70 Milliarden Euro geraubt. Jeder Euro, den sich Kriminelle in Nadelstreifen hierbei reingezogen haben, wurde von Proletariern erwirtschaftet. Mit deren Lebenszeit bezahlt. Von Krankenschwestern, Handwerkern, Busfahrern, Verkäuferinnen. Jeder dieser Euros fehlt uns für Kitaplätze, Lehrer, Pfleger, in der Infrastruktur und bei der Rente. Da versinken die Milliarden: nicht links, nicht rechts, nicht bei Flüchtlingen, nicht unten, sondern oben!

Alles wie immer also. Die Bundesregierungen schauten dem Treiben seit 2002 zu

Tief verstrickt in die Mafiageschäfte: die Hamburger Warburg-Bank. Die Dimensionen der Verstrickung sind so gross, dass die Bank der Stadt Hamburg allein für das Jahr 2009 rund 50 Millionen Euro zurückerstatteten musste. Theoretisch.

Denn dazu kam es nie: Nach diversen Treffen mit Hamburgs Oberbürgermeister wurde den kriminellen Bankern 2016 jede Rückzahlung erlassen. Ach so, nun fragt ihr, wer denn dieser Oberbürgermeister war? Nun – Hamburgs Oberbürgermeister im Jahr 2016 war der heutige Kanzler Olaf Scholz.

Aber, immer mit der Ruhe. Denn der kann sich an nichts mehr erinnern. Und woran man sich nicht erinnern kann, das hat bekanntlich nie stattgefunden. Dass das Mickeymauskram ist, weiss jeder, der sonntags die Chats von «Samstag Nacht» liest. Das ist scheinbar eine gängige Politdemenz, die immer dann um sich greift, wenn es interessant wird. EU-Kommissions-Chefin Ursula von der Leyen kann sich bekanntlich auch nicht an ihre Chats mit Pfizer-Boss Albert Bourla erinnern. In diesen sicherte sie dem Pharmafia-Chef das grösste Impfstoffgeschäft aller Zeiten zu. Um ganz sicher zu sein, dass sich Ursel nicht mehr erinnert, löschte sie die Chatverläufe auch gleich selbst.

Mehr Erinnerungslücken als Olaf Scholz hat nur noch Joe Biden ...

Ähnlich geht es Olaf Scholz nun. Ähnlich ging es auch Wolfgang Schäuble, ehrenüberhäufter Alterspräsident des Deutschen Bundestags. Der hat anno dazumal im Jahr 2001 schlichtweg 100'000 Mark Schmiergeld in der Schublade seines Schreibtisches «vergessen». Wenig später wurde er deutscher Finanzminister. Weil er mit Finanzen eben umgehen kann. Getoppt wurde die Nummer nun vom SPD-Abgeordneten Johannes Kahrs. Der «vergass» nämlich immerhin 200'000 Euro in seinem Bankschliessfach. In bar.

Woher die stammen: Irgendwie auch vergessen

Dass Johannes Kahrs ein enger Vertrauter von Olaf Scholz war und ist und die Kohle offenbar genau seit der Zeit im Schliessfach liegt, in der die Stadt Hamburg unter Olaf Scholz der kriminellen Warburg-Bank ihre Millionen Betrugsrückzahlung erliess: Reiner Zufall.

Zusammengefasst: Die komplette Politkaste dieses Landes wird offenbar regelmässig von den «Men In Black» geblitzdingst.

Fast 20 Jahre lang verkaufen uns deutsche Regierungen nun für blöde. Lassen uns überwachen und aus-spionieren von fremden und eigenen Geheimdiensten (NSA, CIA, GCHQ, DGSE, MI6, BND ...). Verschachern uns an Konzerne (Pfizer, CETA, TTIP, «marktkonforme Demokratie», Lobbyisten ...), führen Deutschland in die grösste Armut seit der Wiedervereinigung – offiziell leben fast ein Viertel aller deutschen Kinder in Armut –, lassen das deutsche Volk für die Pharmafia, für Erdgaskonzerne, für die transatlantischen Interessen und für Banken bluten – mehr als 300 Milliarden Euro Steuergeld für die Bankenrettung –, billigen die Stationierung neuer Atombomben in Deutschland, führen auf US-Geheiss offene und verdeckte Kriege in Afghanistan, der Ukraine, in Syrien, Libyen, Mali Lassen von deutschem Boden aus tausende Menschen mit Drohnen ermorden. Und stationieren – entgegen aller Absprachen und Bekenntnisse von 1990 – die Enkel derer, die 1945 in Russland geblieben sind, erneut an der russischen Grenze.

Einem Drittel der Deutschen kann dieser Staat keine Stelle anbieten, bei der mehr als 700 Euro rumkommen. Über die Hälfte aller aktuell Berufstätigen darf sich auf Altersarmut gefasst machen. In diesem auch so gelobten, kapitalistischen deutschen Wohlstandsland ist schon heute jeder vierte Rentner bettelarm. Die deutschen Renten gehören zu den niedrigsten in Europa. Das Rentenniveau – sprich der Vergleich in Prozenten zum letzten Nettolohn – liegt in diesem Land im Durchschnitt laut OECD bei knappen 50 Prozent. In Estland, Ungarn, Bulgarien, Kroatien, ja sogar in Russland geniessen Rentner ein höheres Rentenniveau als im «reichsten Land der westlichen Hemisphäre». Sogar der EU-Durchschnitt des Rentenniveaus liegt mit 70,6 Prozent weit über dem deutschen.

Niemand von uns kennt aus seiner Kindheit das heute alltägliche Strassenbild von Flaschen sammelnden Rentnern. Die Infrastruktur dieses Landes ist marode: Laut einer Untersuchung der bundeseigenen Autobahngesellschaft von 2022 müssten aktuell allein über 400 Autobahnbrücken pro Jahr saniert werden, um einen Kollaps in den nächsten Jahren zu verhindern. Noch schlimmer sieht es bei der «Zukunftstechnologie» Deutsche Bahn aus: Mehr als die Hälfte der gut 25'700 deutschen Eisenbahnbrücken wurde vor Ende des Zweiten Weltkriegs gebaut, fast die komplette andere Hälfte, etwa 45 Prozent, sind älter als 100 Jahre. Über 1000 Brücken sind laut Gutachtern überhaupt nicht mehr zu retten und weisen laut Bahn «gravierende Schäden am Bauwerk auf».

Das Schienennetz der Eisenbahnen in Deutschland hat derzeit eine Streckenlänge von rund 38'400 km. Eine Anfrage der linken Bundestagsfraktion im August 2022 ergab nun, dass weit über 17'000 km Schienen ihre durchschnittliche Nutzungsdauer überschritten haben und dringend sanierungsbedürftig sind.

Währenddessen investiert die rot-grüne Klimaschutz-Wohlfühlregierung aber lieber 100 Milliarden extra in die Anschaffung neuer Panzer. Prioritäten!

Währenddessen müssen auch weiter Schulen schliessen, weil die Toiletten nicht repariert werden. Das Gesundheitswesen des Landes bröselt vor sich hin, in Pflegeheimen herrscht Notstand, die Elite zieht sich mit CumEx und dank enger Verflechtung bis ins Kanzleramt ungestraft mehr als 35 Milliarden Euro unseres Geldes rein. Das, Freunde ... ist die ehrliche, reale Definition von Asozialität. Von asozialer, bandenmässiger Korruption.

Einmalige Sache? Pustekuchen. Erst vor wenigen Monaten wurde öffentlich, dass Angela Merkel sich auf Vermittlung des adligen Betrügers und Ex-Ministers Karl-Theodor zu Guttenberg jahrelang ebenfalls für das milliardenschwere Finanzbetrüger-Konsortium Wirecard einsetzte. Noch kurz vor Merkels Abdankung fanden wichtige Gespräche der Betrüger von Wirecard mit Angela Merkel statt. Nicht irgendwo, sondern im steuerfinanzierten Kanzleramt.

Wirecard-Betrüger Jan Marsalek könnte jederzeit auspacken. Deutsche Geheimdienste wissen schon immer, wo der – angeblich Gesuchte – sich aufhält. Allein: Niemand hat ein Interesse daran. Am Ende würden «Fakten noch Teile der Bevölkerung verunsichern».

Obwohl, das glaub ich schon lange nicht mehr. Denn allein das Ausmass der Machenschaften, das belegt und bekannt ist, hält Millionen Klappspaten nach wie vor nicht davon ab, die immer gleichen Seelenverkäufer des Establishments zu «wählen».

Tatsächlich gibt es da draussen nach wie vor offenbar Millionen Menschen, die die schleichende Ermächtigung undemokratischer Institutionen, die Abschaffung von Grundrechten und die Etablierung eines deutschen «Patriot Acts» unter Zuhilfenahme der Erzählung einer Pandemie im Austausch für «Sicherheit» und «Gesundheit» ebenso willentlich in Kauf nehmen, wie sie jauchzend die Verelendung des deutschen Mittelstandes im solidarischen Kampf gegen Wladimir Putin mittragen.

Die wirtschaftlich Schwachen darben dabei ohnehin in Kürze abgehängt in Wärmehallen: Nicht zuletzt durch Gasumlage und zunehmend vollständige wirtschaftliche Versklavung für transatlantische Interessen durch in Denkfabriken der «Elite» geformte «Volksvertreter», die zuverlässig an den Fäden dieser Elite baumeln.

Wer dieser Regierung noch vertraut, dem hat man das Gehirn geklaut

Quelle: <https://www.rubikon.news/artikel/machtige-mitwissen>

Die Ukraine und die Politik des permanenten Krieges

uncut-news.ch, September 1, 2022

Niemand, auch nicht die euphorischsten Befürworter der Ukraine, erwartet ein baldiges Ende des Krieges zwischen der Ukraine und Russland. Die Kämpfe haben sich auf Artillerieduelle über Hunderte von Kilometern Frontlinie und schleichende Vorstöße und Rückzüge reduziert. Die Ukraine wird, wie Afghanistan, noch lange bluten. Das ist beabsichtigt.

Am 24. August kündigte die Regierung Biden ein weiteres massives Militärhilfspaket für die Ukraine im Wert von fast 3 Milliarden Dollar an. Es wird Monate, in manchen Fällen sogar Jahre dauern, bis diese militärische Ausrüstung die Ukraine erreicht. Ein weiteres Zeichen dafür, dass Washington davon ausgeht, dass der Konflikt ein langer Zermürbungskrieg sein wird, ist, dass es der US-Militärhilfe in der Ukraine einen Namen geben und sie zu einem eigenen Kommando machen wird, das von einem Zwei- oder Drei-Sterne-General überwacht wird. Seit August 2021 hat Biden mehr als 8 Milliarden Dollar an Waffentransfers aus bestehenden Beständen, so genannte Drawdowns, genehmigt, die in die Ukraine geliefert werden sollen und nicht der Zustimmung des Kongresses bedürfen.



Einschliesslich der humanitären Hilfe, der Auffüllung der zur Neige gehenden US-Waffenbestände und der Ausweitung der US-Truppenpräsenz in Europa hat der Kongress seit dem Einmarsch Russlands am 24. Februar über 53,6 Milliarden Dollar (13,6 Milliarden Dollar im März und weitere 40,1 Milliarden Dollar im Mai) bewilligt. Der Krieg hat Vorrang vor den ernsthaftesten existenziellen Bedrohungen, denen wir gegenüberstehen. Das vorgeschlagene Budget für die Centers for Disease Control and Prevention (CDC) beträgt im Haushaltsjahr 2023 10,675 Milliarden Dollar, das für die Environmental Protection Agency (EPA) 11,881 Milliarden Dollar. Die von uns genehmigte Hilfe für die Ukraine ist mehr als doppelt so hoch wie diese Beträge.

Die Militaristen, die in den letzten zwei Jahrzehnten einen permanenten Krieg geführt haben, der Billionen von Dollar gekostet hat, haben viel in die Kontrolle der öffentlichen Darstellung investiert. Der Feind, ob Saddam Hussein oder Wladimir Putin, ist immer der Inbegriff des Bösen, der neue Hitler. Diejenigen, die wir unterstützen, sind immer heldenhafte Verteidiger von Freiheit und Demokratie. Jeder, der die Rechtschaffenheit der Sache in Frage stellt, wird beschuldigt, ein Agent einer ausländischen Macht und ein Verräter zu sein.

Die Massenmedien verbreiten diese binären Absurditäten feige in 24-Stunden-Nachrichtenzyklen. Ihre prominenten Nachrichtensprecher und Experten, die ausnahmslos aus den Geheimdiensten und dem Militär stammen, weichen nur selten von dem genehmigten Drehbuch ab. Tag und Nacht werden die Kriegstrommeln geschlagen, ohne Unterlass. Ihr Ziel: Milliarden von Dollar in die Hände der Kriegsindustrie fließen zu lassen und die Öffentlichkeit davon abzuhalten, unbequeme Fragen zu stellen.

Angesichts dieses Trommelfeuers ist kein Widerspruch erlaubt. CBS News beugte sich dem Druck und zog seine Reportage zurück, in der behauptet wurde, dass nur 30 Prozent der in die Ukraine gelieferten Waffen an der Front ankommen, während der Rest auf dem Schwarzmarkt verkauft wird. CNN hat eingeräumt, dass die Waffen nach ihrer Ankunft in der Ukraine, die seit langem als das korrupteste Land Europas gilt, nicht überwacht werden. Laut einer von Ernst & Young im Jahr 2018 durchgeföhrten Umfrage unter Führungskräften, die für die Betrugsbekämpfung zuständig sind, wurde die Ukraine als neunkorruptestes von 53 befragten Ländern eingestuft.

Es gibt kaum einen vorgeschobenen Grund für die Zensur von Kritikern des Krieges in der Ukraine. Die USA befinden sich nicht im Krieg mit Russland. Es kämpfen keine US-Truppen in der Ukraine. Kritik am Krieg in der Ukraine gefährdet nicht unsere nationale Sicherheit. Es gibt keine langjährigen kulturellen und histori-

schen Bindungen zur Ukraine, wie es sie zu Grossbritannien gibt. Aber wenn ein permanenter Krieg mit möglicherweise schwacher öffentlicher Unterstützung das Hauptziel ist, ist Zensur sinnvoll.

Der Krieg ist das Hauptgeschäft des US-Imperiums und die Grundlage der US-Wirtschaft. Die beiden herrschenden politischen Parteien halten sklavisch am permanenten Krieg fest, ebenso wie an Sparprogrammen, Handelsabkommen, dem virtuellen Steuerboykott für Unternehmen und Reiche, der umfassenden staatlichen Überwachung, der Militarisierung der Polizei und der Aufrechterhaltung des grössten Gefängnisystems der Welt. Sie beugen sich dem Diktat der Militaristen, die einen Staat im Staat geschaffen haben. Dieser Militarismus, so schreibt Seymour Melman in *«The Permanent War Economy: American Capitalism in Decline»*, «steht in fundamentalem Widerspruch zur Bildung einer neuen politischen Ökonomie, die auf Demokratie statt auf Hierarchie am Arbeitsplatz und in der übrigen Gesellschaft beruht.»

«Die Vorstellung, dass Kriegswirtschaft Wohlstand bringt, ist mehr als eine amerikanische Illusion», schreibt Melman. «Wenn sie, wie in Vietnam, in eine Ideologie umgewandelt wird, die die Militarisierung der Gesellschaft und die moralische Entwürdigung rechtfertigt, dann ist eine kritische Neubewertung dieser Illusion dringend erforderlich. Es ist eine Hauptverantwortung nachdenklicher Menschen, die sich humanen Werten verpflichtet fühlen, sich mit der Aussicht auseinanderzusetzen und darauf zu reagieren, dass der Verfall der amerikanischen Wirtschaft und Gesellschaft aufgrund der Verwüstungen der Kriegswirtschaft unumkehrbar werden kann.»

Wenn der permanente Krieg gestoppt werden soll, wie Melman schreibt, muss die ideologische Kontrolle der Kriegsindustrie gebrochen werden. Die Finanzierung von Politikern, Forschungszentren und Denkfabriken durch die Kriegsindustrie sowie die Beherrschung der Medienmonopole muss beendet werden. Die Öffentlichkeit muss darauf aufmerksam gemacht werden, schreibt Melman, wie die Bundesregierung «sich selbst als Direktorium des grössten industriellen Firmenimperiums der Welt aufrechterhält; wie die Kriegswirtschaft parallel zur zentralisierten politischen Macht organisiert und betrieben wird – oft im Widerspruch zu den Gesetzen des Kongresses und der Verfassung selbst; wie das Direktorium der Kriegswirtschaft friedensfreundliche Stimmungen in der Bevölkerung in promilitaristische Mehrheiten im Kongress umwandelt; wie Ideologie und Angst vor Arbeitsplatzverlusten manipuliert werden, um im Kongress und in der Öffentlichkeit Unterstützung für die Kriegswirtschaft zu gewinnen; wie das Direktorium der Kriegswirtschaft seine Macht nutzt, um Planungen für einen geordneten Übergang zu einer Friedenswirtschaft zu verhindern.»

Zügelloser, unkontrollierter Militarismus ist, wie der Historiker Arnold Toynbee feststellt, «bei weitem die häufigste Ursache für den Zusammenbruch von Zivilisationen gewesen.»

Dieser Zusammenbruch wird durch die starre Standardisierung und Uniformität des öffentlichen Diskurses beschleunigt. Die Manipulation der öffentlichen Meinung, die Walter Lippman als *«Herstellung von Zustimmung»* bezeichnet, ist unabdingbar, da die Militaristen Sozialprogramme ausnehmen, die bröckelnde Infrastruktur der Nation verfallen lassen, sich weigern, den Mindestlohn zu erhöhen; ein unfähiges, gewinnorientiertes Gesundheitssystem aufrechterhalten, das zu 25 Prozent der weltweiten Covid-Todesfälle geführt hat – obwohl wir weniger als 5 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen –, um die Öffentlichkeit zu schröpfen; die Deindustrialisierung durchführen; nichts tun, um das räuberische Verhalten von Banken und Konzernen einzudämmen oder in substanzelle Programme zur Bekämpfung der Klimakrise zu investieren.

Kritiker, die bereits von den Konzernmedien ausgeschlossen wurden, werden unerbittlich angegriffen, diskreditiert und zum Schweigen gebracht, wenn sie eine Wahrheit aussprechen, die die Ruhe der Öffentlichkeit bedroht, während das US-Finanzministerium von der Kriegsindustrie geplündert und die Nation ausgeweidet wird.

Die Kriegsindustrie, die von den Massenmedien, einschliesslich der Unterhaltungsindustrie, vergöttert wird, wird nie für die militärischen Fiascos, Kostenüberschreitungen, Blindgänger und verschwenderische Verschwendungen zur Verantwortung gezogen. Ganz gleich, wie viele Katastrophen – von Vietnam bis Afghanistan – sie anrichtet, sie wird mit immer grösseren Summen an Bundesmitteln überhäuft, die fast die Hälfte aller diskretionären Ausgaben der Regierung ausmachen. Die Monopolisierung des Kapitals durch das Militär hat die Schulden der USA auf über 30 Billionen Dollar ansteigen lassen, 6 Billionen Dollar mehr als das BIP der USA von 24 Billionen Dollar. Die Bedienung dieser Schulden kostet 300 Milliarden Dollar pro Jahr. Wir geben mehr für das Militär aus, 813 Milliarden Dollar für das Haushaltsjahr 2023, als die nächsten neun Länder, einschliesslich China und Russland, zusammen.

Eine Organisation wie *«NewsGuard»*, die vertrauenswürdige und nichtvertrauenswürdige Websites auf der Grundlage ihrer Berichterstattung über die Ukraine bewertet, ist eines der vielen Indoktrinationswerkzeuge der Kriegsindustrie. Als unzuverlässig werden Seiten eingestuft, die *«falsche»* Behauptungen über die Ukraine aufstellen, etwa dass es 2014 einen von den USA unterstützten Putsch gegeben habe und dass Neonazi-Kräfte Teil der ukrainischen Militär- und Machtstruktur seien. Consortium News, Daily Kos, Mint Press und Grayzone wurden mit einem roten Warnhinweis versehen. Websites, die diese Fragen nicht aufwerfen, wie CNN, erhalten die *«grüne»* Bewertung für Wahrheit und Glaubwürdigkeit. (Nachdem NewsGuard im Juli heftig dafür kritisiert wurde, dass Fox News ein grünes Rating erhielt, revidierte es seine Bewertung für Fox News und MSNBC und versah sie mit einem roten Etikett).

Die Bewertungen sind willkürlich. Der Daily Caller, der gefälschte Nacktbilder von Alexandria Ocasio-Cortez veröffentlichte, erhielt eine grüne Bewertung, ebenso wie ein Medienunternehmen, das der Heritage Foundation gehört und von ihr betrieben wird. NewsGuard gibt WikiLeaks ein rotes Etikett, weil das Unternehmen es versäumt hat, Widerrufe zu veröffentlichen, obwohl es zugegeben hat, dass alle Informationen, die WikiLeaks bisher veröffentlicht hat, korrekt sind. Was WikiLeaks eigentlich zurückziehen sollte, bleibt ein Rätsel. Die New York Times und die Washington Post, die sich 2018 den Pulitzer-Preis für die Berichterstattung über die Verschwörungstheorie von Donald Trump mit Vladimir Putin zur Beeinflussung der Wahl 2016 teilten, die durch die Mueller-Untersuchung widerlegt wurde, erhielten die volle Punktzahl. Bei diesen Bewertungen geht es nicht darum, den Journalismus zu überprüfen. Es geht darum, Konformität zu erzwingen.

NewsGuard, das 2018 gegründet wurde, arbeitet mit dem Außenministerium und dem Pentagon sowie mit Unternehmen wie Microsoft zusammen. Zu seinem Beirat gehören der ehemalige Direktor der CIA und der NSA, General Michael Hayden, der erste Direktor des US-Heimatschutzes Tom Ridge und Anders Fogh Rasmussen, ein ehemaliger Generalsekretär der NATO.

Lesern, die regelmäßig gezielte Websites besuchen, ist es wahrscheinlich egal, ob diese mit einem roten Etikett versehen sind. Aber das ist nicht der Punkt. Es geht darum, diese Websites so zu bewerten, dass jeder, der eine NewsGuard-Erweiterung auf seinem Gerät installiert hat, davor gewarnt wird, sie zu besuchen. NewsGuard wird in Bibliotheken und Schulen sowie auf den Computern von Soldaten im aktiven Dienst installiert. Auf den Zielseiten wird eine Warnung angezeigt, die wie folgt lautet «Gehen Sie mit Vorsicht vor: Diese Website erfüllt im Allgemeinen nicht die grundlegenden Anforderungen an Genauigkeit und Verantwortlichkeit».

Negative Bewertungen werden Werbekunden vergraulen, und das ist die Absicht. Es ist auch nur ein kurzer Schritt von einer schwarzen Liste zu einer Zensur dieser Websites, wie es geschah, als YouTube sechs Jahre meiner Sendung *On Contact* löschte, die auf RT America und RT International ausgestrahlt wurde. Keine einzige Sendung handelte von Russland. Und keine einzige verstieß gegen die von YouTube aufgestellten Richtlinien für Inhalte. Aber viele beschäftigten sich mit den Übeln des US-Militarismus.

In einer ausführlichen und lesenswerten Gegenendarstellung an NewsGuard endet Joe Lauria, der Chefredakteur von Consortium News, mit dieser Feststellung:

Die Anschuldigungen von NewsGuard gegen Consortium News, die möglicherweise dessen Leserschaft und finanzielle Unterstützung einschränken könnten, müssen im Kontext des westlichen Kriegswahns gegen die Ukraine gesehen werden, bei dem abweichende Stimmen unterdrückt werden. Drei CN-Autoren wurden von Twitter verwiesen.

Die Löschung des Kontos von Consortium News durch PayPal ist ein offensichtlicher Versuch, das Unternehmen zu enteignen, weil es mit ziemlicher Sicherheit der Ansicht ist, dass CN gegen seine Beschränkungen bezüglich der «Bereitstellung falscher oder irreführender Informationen» verstossen hat. Man kann es nicht mit 100-prozentiger Sicherheit sagen, weil PayPal sich hinter seinen Gründen versteckt, aber CN handelt mit Informationen und nichts anderem.

CN unterstützt keine Seite im Ukraine-Krieg, sondern versucht, die Ursachen des Konflikts in seinem jüngsten historischen Kontext zu untersuchen, die alle von den westlichen Mainstream-Medien beschönigt werden.

Diese Ursachen sind: Die Osterweiterung der NATO trotz ihres Versprechens, dies nicht zu tun; der Putsch und der achtjährige Krieg im Donbass gegen die Putschisten; die mangelnde Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zur Beendigung dieses Konflikts; und die völlige Ablehnung von Vertragsvorschlägen durch Moskau zur Schaffung einer neuen Sicherheitsarchitektur in Europa, die Russlands Sicherheitsbelange berücksichtigt.

Historiker, die darauf hinweisen, dass die belastenden Versailler Bedingungen, die Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg auferlegt wurden, eine Ursache für den Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg waren, entschuldigen weder Nazideutschland, noch werden sie als dessen Verteidiger diffamiert.

Das verzweifelte Bemühen, die Zuschauer und Leser in die Arme der etablierten Medien zu treiben – nur 16 Prozent der Amerikaner haben grosses bzw. ziemlich grosses Vertrauen in Zeitungen und nur 11 Prozent haben ein gewisses Vertrauen in Fernsehnachrichten – ist ein Zeichen der Verzweiflung.

Wie die Verfolgung von Julian Assange zeigt, ist die Drosselung der Pressefreiheit überparteilich. Dieser Angriff auf die Wahrheit lässt eine Bevölkerung verunsichert zurück. Er nährt wilde Verschwörungstheorien. Er untergräbt die Glaubwürdigkeit der herrschenden Klasse. Er stärkt die Demagogen. Er schafft eine Informationswüste, in der Wahrheit und Lüge ununterscheidbar sind. Sie treibt uns in Richtung Tyrannie. Diese Zensur dient nur den Interessen der Militaristen, die, wie Karl Liebknecht seine deutschen Landsleute im Ersten Weltkrieg erinnerte, der innere Feind sind.

Von Chris Hedges: Er ist ein mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichneter Autor und Journalist, der fünfzehn Jahre lang als Auslandskorrespondent für die New York Times tätig war.

QUELLE: UKRAINE AND THE POLITICS OF PERMANENT WAR; ÜBERSETZUNG: LZ

Quelle: <https://uncutnews.ch/die-ukraine-und-die-politik-des-permanenten-krieges/>

**Diese Politik ist absurd, es sei denn,
sie zielt darauf ab, den Westen vollständig zu zerstören.**

uncut-news.ch, August 31, 2022



Als der französische Präsident Macron letzte Woche das Ende des Überflusses ankündigte, sprach er nicht von sich selbst. Macron wird immer reich und geschützt sein. Jetzt weiss die gesamte europäische Bevölkerung, dass sie gelogen haben und Gauner sind, sagte Tucker Carlson in seiner Sendung.

Donald Trump warnte Europa vor vier Jahren in einer Rede bei den Vereinten Nationen vor seiner Energiezukunft. Die deutsche Delegation lachte ihn aus. Jetzt lachen sie nicht mehr, sagte Carlson.

Die Europäer haben herausgefunden, dass nicht die globale Erwärmung, sondern die globale Abkühlung (Winter) die Menschen bedroht. Jedes Jahr sterben weit mehr Menschen an Kälte als an Hitze. Wenn also in ein paar Monaten die Temperaturen sinken, wird dies zu einem grossen Problem. Daran wird Ihre Grossmutter sterben, sagte Carlson.

In dem Moment, in dem jeder dies erkennt, wird sich vieles ändern. Fabriken schliessen, die Arbeitslosigkeit steigt und die Menschen geraten in finanzielle Schwierigkeiten.

Wenn Ihre Energiekosten in die Höhe schnellen, werden Sie zu einem völlig anderen Menschen. Sie kommen nicht mehr in Versuchung, ein brandneues iPhone zu kaufen oder einen zusätzlichen Cappuccino zu trinken. Die Wirtschaft kommt langsam, aber sicher zum Stillstand. Im Falle einer Energiekrise ändert sich alles.

Die Zentralbanken scheinen die Situation absichtlich zu verschlimmern. Dieselben Zentralbanken, die die Inflation absichtlich herbeigeführt haben, erhöhen die Zinssätze, wodurch die Nachfrage einbricht.

Europa hat wegen des Krieges in der Ukraine Sanktionen gegen Russland verhängt. Es war im Voraus bekannt, dass sie zu Energieengpässen führen würden. «Aber wir müssen das einfach tun», sagte EU-Chefin Ursula von der Leyen. Auch Präsident Joe Biden warnte, dass Lebensmittelknappheit unvermeidlich sein wird.

Gleichzeitig überweisen wir Milliarden an ukrainische Oligarchen, um Russland zu schaden. Haben die Sanktionen Russland geschadet? Nein. Russland verfügt heute über mehr Energie, als es verbrauchen oder verkaufen kann.

Grossbritannien, ein Land, in dem 70 Prozent der Pubs schliessen müssen, weil sie die Stromrechnung nicht bezahlen können, wird weitere 2,8 Milliarden an die Ukraine überweisen. Wir sprechen über Länder, die sich auf Stromausfälle im Winter vorbereiten.

Spanien, in der die Klimaanlage in öffentlichen Gebäuden und Geschäftsräumen nicht unter 27 Grad liegen darf, wird 50 Millionen Euro an die Ukraine überweisen.

Italien, das ebenfalls die Verwendung von Klimaanlagen eingeschränkt hat, stellt mehr als 600 Mio. EUR für ukrainische Schutzsuchende bereit.

Frankreich hat mehr als zwei Milliarden in die Ukraine geschickt. In diesem Land werden Ladenbesitzer mit einer Geldstrafe belegt, wenn sie die Türen offenlassen, während die Klimaanlage eingeschaltet ist, damit wir mehr Waffen an eine der weltweit korruptesten Regierungen schicken können.

Ist es hilfreich? Gewinnen wir den Krieg in der Ukraine? Ist Russland bankrott? Der russische Rubel stieg im Juni auf den höchsten Stand seit sieben Jahren. Im Gegensatz zu Europa geht es Russland gut. Wladimir Putin verliert nicht in der Ukraine. Er gewinnt.

Diese Politik ist absurd, es sei denn, ihr Ziel ist die völlige Zerstörung des Westens, so Carlson.

Quelle: <https://uncutnews.ch/diese-politik-ist-absurd-es-sei-denn-sie-zielt-darauf-ab-den-westen-vollstaendig-zu-zerstoeren/>



Ein Artikel von: Jens Berger, 31. August 2022 um 10:55

Titelbild: Sebastian Brant – Doctor Brants Narrenschiff,
Basel 1499, Seite 1. Digitale Volltext-Ausgabe bei Wikisource

Deutschland steht vor einem gigantischen makroökonomischen Schock. Die Grosshandelspreise für Gas und Strom sind völlig ausser Kontrolle, die zu erwartende Kostenlawine wird massive Auswirkungen auf die Binnennachfrage und die konjunkturelle Lage haben. Es braut sich ein ‹perfekter Sturm› für eine anhaltende schwere Wirtschaftskrise zusammen. Man hat jedoch den Eindruck, dass dies weder in den Reihen der Spitzenpolitik noch bei den Leitartiklern angekommen ist. Das Handlungsfenster für nötige Eingriffe zur Dämpfung des Schocks schliesst sich und es ist nicht erkennbar, dass sich die Verantwortlichen des Ernstes der Lage bewusst sind. Wir sind Passagiere auf dem Narrenschiff, das gerade eben volle Fahrt aufs Riff nimmt. Ein Kommentar von Jens Berger.

Der Gaspreis für Endkunden hat sich bereits mehr als verdreifacht, folgen die Endkundenpreise den zurzeit aufgerufenen Preisen im Grosshandel, ist eine Verfünffachung in Sicht. Parallel dazu sind auch die Grosshandelspreise für Strom völlig ausser Kontrolle. Würden die Versorger die Grosshandelspreise der letzten Woche voll auf die Endkunden umlegen, würde der Preis für eine Kilowattstunde die Ein-Euro-Marke erreichen und sich damit verdreifachen. Der Grossteil dieser kommenden Preissteigerungen ist noch nicht zu spüren, da die Versorgerverträge für Gas sich erst in den kommenden Wochen und die für Strom sich je nach Vertragslänge erst in den nächsten Monaten auf den Rechnungen bemerkbar machen. Für Mieter kommt der Preisschock meist erst mit der nächsten Jahresabrechnung der Nebenkosten. In der aktuellen Preissteigerung von 7,9 Prozent sind die explodierenden Preise für Gas und Strom nur zu einem kleinen Teil eingepreist. Es wäre ein Wunder, wenn die Preissteigerung im Winter im einstelligen Bereich bleiben würde. Eine Verdoppelung auf 15 Prozent scheint wahrscheinlich. Zur Einordnung: Das sind fast zwei komplette Monatsgehälter, die von der Preissteigerung einfach ausgelöscht werden.

Viele Haushalte werden ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen können. Aber es sind ja keinesfalls ‹nur› die sozialen Folgen, die jedem aufmerksamen Beobachter den Schlaf rauben sollten. Lassen Sie uns doch mal über die volkswirtschaftlichen Folgen sprechen. Nicht nur die Haushalte, sondern auch die Industrie und das Gewerbe werden voll vom Energiepreisschock getroffen – sie verbrauchen mehr als die Hälfte des in Deutschland genutzten Erdgases und mehr als zwei Drittel des Stroms. Die Konkurrenz aus den USA und China lacht sich ins Fäustchen, denn diese Preissteigerungen sind für die Konkurrenzfähigkeit deutscher Unternehmen ein weitaus grösserer Nachteil, als es die über Jahrzehnte so heiss debattierten Lohnnebenkosten je sein könnten. Wenn die Preise nicht bald wieder unter Kontrolle kommen, droht dem Land die Deindustrialisierung.

Eine konservative Überschlagsrechnung des IMK-Ökonomen Sebastian Dullien prognostiziert alleine für die Gasimporte für 2023 einen Nettoabfluss in Höhe von mehr als 250 Milliarden Euro im Vergleich zu 2020. Das sind fast sieben Prozent des deutschen BIP. Schon jetzt importiert der ehemalige ‹Exportweltmeister› Deutschland mehr Güter als er exportiert. Das wäre ja auch nicht weiter schlimm, wenn es sich hierbei nicht fast ausschliesslich um einen Teuerungseffekt bei den Energieimporten handeln würde. Aber auch dies ist erst einmal nur ein Teil des Problems, dem sich die deutsche Volkswirtschaft nun stellen muss.

Die viel grössere Gefahr besteht im absehbaren Zusammenbruch der Binnenkonjunktur. Dazu ein einfaches Rechenbeispiel. Ein Haushalt der Mittelschicht hat ein verfügbares Nettoeinkommen von 4000 Euro. Bislang zahlte er 200 Euro für Gas und 200 Euro für Strom. Wenn sich – konservativ gerechnet – der Gaspreis verdreifacht und der Strompreis verdoppelt, sind es 600 Euro mehr. Dieses Geld fehlt diesem Haushalt künftig pro Monat für alle anderen Ausgaben. Und wir reden hier erst einmal nur von den direkten Kosten bei der Energieversorgung. Unterstellen wir mal, dass sich die indirekten Folgen, also die Preissteigerungen, die von der Industrie und vom Gewerbe auf den Endkundenpreis umgelegt werden müssen, auf rund 10 Prozent belaufen, kämen noch einmal rund 360 Euro hinzu. Die preissteigerungsbedingten Mehrkosten liegen also für diesen Haushalt bei fast 1000 Euro pro Monat oder einem Viertel des verfügbaren Einkommens. Dieses Geld kann dann nicht mehr für andere Sachen ausgegeben werden. Man verzichtet auf den Restaurant- oder Konzertbesuch, man lässt den Urlaub und den Einkaufsbummel ausfallen, verschiebt den Kauf neuer Sachen oder die geplante Renovierung.

Die Ausgaben der Haushalte sind jedoch auf der anderen Seite die Einnahmen und Aufträge der Unternehmen. Es sind also nicht nur die Unternehmen, die vom Export leben und durch die höheren Kosten massive Wettbewerbsnachteile haben, sondern auch und vor allem die unzähligen meist kleineren Unternehmen und Betriebe, die ihre Güter und Dienstleistungen vor allem lokalen Endkunden anbieten, die massiven Umsatzeinbussen entgegensehen. Wir reden hier nicht über ein oder zwei Prozent, sondern über ein Viertel des verfügbaren Einkommens, das auf der anderen Seite die Einnahmen widerspiegelt. Als kleine Randnote: Dies sind oft genau die Unternehmen, die bereits durch die Corona-Massnahmen schwer angeschlagen wurden.

Das ist der perfekte Sturm. Die Energiepreisexplosion ist ein massiver externer Effekt, der auf allen Ebenen die Volkswirtschaft angreift und Prozesse auslöst, die in einer tiefen Rezession münden. Und diese Entwicklung ist nicht auf Deutschland beschränkt. Ähnliche Entwicklungen sind in der gesamten EU und in benachbarten Ländern, deren Energiemarkt mit dem EU-Markt verbunden ist, zu beobachten.

Derzeitiger Spotmarktpreis für eine Megawattstunde Strom im Grosshandel. 604 Euro für eine Megawattstunde entspricht 60,4 Cent pro Kilowattstunde.

Quelle: EEX

Dies ist kurz umrissen und keinesfalls übertrieben die Situation, in der wir uns im Spätsommer 2022 befinden. Man muss schon ein Narr sein, um dies nicht zu erkennen. Umso erstaunlicher ist es, dass die Dramatik der Lage sich nicht einmal im Ansatz in der politischen Debatte widerspiegelt. Man redet sich lieber die Köpfe über so wichtige Themen wie ‹Winnetou› heiss und wenn es mal ums Thema Energiepreise geht, streitet man lieber über Nebenkriegsschauplätze wie die Mehrwertsteuer auf die handwerklich schlecht gemachte Gasumlage. Man kommt sich vor wie der Passagier auf einem auf ein Riff zusteuerndes Schiff, der realisiert, dass der Kapitän und die gesamte Mannschaft offenbar ihren Verstand verloren haben und den Kurs beibehalten.

Dabei wäre für die Politik noch Zeit, das Ruder herumzureißen und die unabwendbaren Schäden zumindest zu minimieren. Dazu gehört, wie von den NachDenkSeiten bereits gefordert, eine grundsätzliche Reform der Strompreismechanismen. Und ja, Kernpunkt der Kursänderung ist die unverzügliche Wiederaufnahme der vollen Gasimporte aus Russland – wie auch immer die Politik dies erreichen kann. Im Februar erklärte Aussenministerin Baerbock: «Wir sind bereit, für die Sicherheit der Ukraine einen hohen wirtschaftlichen Preis zu zahlen.» Die Folgen dieses Narrengeschwätzes zeichnen sich jetzt deutlich ab. Nein, ein Grossteil des Landes ist nicht bereit, diesen hohen Preis für die fehlgeleiteten Träume eines transatlantischen Harakiri-Kurses zu bezahlen. Und nein, ein Grossteil des Landes hat auch kein Verständnis dafür, dass vor allem die Grünen die Energiekrise offenbar als eine Schock-Strategie im Sinne Naomi Kleins verstehen, um die Energiewende zu forcieren. Die Energiewende ist wichtig und sollte hohe Priorität haben. Sie kann aber nur in einer gesunden Volkswirtschaft gelingen.

Man fragt sich, was derzeit in den Köpfen der Spitzenpolitiker vor sich geht. Eine überzeugende Antwort auf diese Frage gibt es nicht. Ist es Narretei? Ist es eine geplante oder zumindest in Kauf genommene Schock-Strategie? Ist es Fatalismus? Ist es Nibelungentreue gegenüber den USA? Verstehen die Verantwortlichen schlicht nicht, was auf dem Spiel steht? Sind sie Getriebene der Medien, die Angst haben, auf dem medialen Scheiterhaufen verbrannt zu werden, wenn sie die transatlantische Russlandpolitik infrage stellen? Ganz ehrlich, ich weiss es auch nicht.

Wenn ich die politische Debatte dieser Tage verfolge, fühle ich mich jedoch immer an das Lied erinnert:

«Narrenschiff»

von Reinhard Mey erinnert:

Das Quecksilber fällt, die Zeichen stehen auf Sturm
Nur blödes Kichern und Keifen vom Kommandoturm
Und ein dumpfes Mahlen grollt aus der Maschine
Und Rollen und Stampfen und schwere See

Die Bordkapelle spielt: Humbatätärä
Und ein irres Lachen dringt aus der Latrine

Die Ladung ist faul, die Papiere fingiert
Die Lenzpumpen leck und die Schotten blockiert
Die Luken weit offen und alle Alarmglocken läuten
Die Seen schlagen mannshoch in den Laderaum
Und Elmsfeuer züngeln vom Ladebaum
Doch keiner an Bord vermag die Zeichen zu deuten

Der Steuermann lügt, der Kapitän ist betrunken
Und der Maschinist in dumpfe Lethargie versunken
Die Mannschaft, lauter meineidige Halunken
Der Funker zu feig, um SOS zu funken
Klabautermann führt das Narrenschiff
Volle Fahrt voraus und Kurs aufs Riff

Am Horizont Wetterleuchten: Die Zeichen der Zeit
Niedertracht und Raffsucht und Eitelkeit
Auf der Brücke tummeln sich Tölpel und Einfaltspinsel
Im Trüben fischt der scharfgezahnte Hai
Bringt seinen Fang ins Trockne, an der Steuer vorbei
Auf die Sandbank bei der wohlbekannten Schatzinsel

Die andern Zuhälter und Geldwäscher, die warten schon
Bordellkönig, Spielautomatenbaron
Im hellen Licht, niemand muss sich im Dunklen rumdrücken
In der Bananenrepublik, wo selbst der Präsident
Die Scham verloren hat und keine Skrupel kennt
Sich mit dem Steuerdieb im Gefolge zu schmücken

Der Steuermann lügt, der Kapitän ist betrunken
Und der Maschinist in dumpfe Lethargie versunken
Die Mannschaft, lauter meineidige Halunken
Der Funker zu feig, um SOS zu funken
Klabautermann führt das Narrenschiff
Volle Fahrt voraus und Kurs aufs Riff

Man hat sich glattgemacht, man hat sich arrangiert
All die hohen Ideale sind havariert
Und der grosse Rebell, der nicht müd wurde zu streiten
Mutiert zu einem servilen, gift'gen Gnom
Und singt lammfromm vor dem schlummen alten Mann in Rom
Seine Lieder, fürwahr! Es ändern sich die Zeiten

Einst junge Wilde sind gefügig, fromm und zahm
Gekauft, narkotisiert und flügellahm
Tauschen Samtpfötchen für die einst so scharfen Klauen
Und eitle Greise präsentieren sich keck
Mit immer viel zu jungen Frauen auf dem Oberdeck
Die ihre schlaffen Glieder wärmen und ihnen das Essen vorkauen

Der Steuermann lügt, der Kapitän ist betrunken
Und der Maschinist in dumpfe Lethargie versunken
Die Mannschaft, lauter meineidige Halunken
Der Funker zu feig, um SOS zu funken
Klabautermann führt das Narrenschiff
Volle Fahrt voraus und Kurs aufs Riff

Sie rüsten gegen den Feind, doch der Feind ist längst hier
Er hat die Hand an deiner Gurgel, er steht hinter dir

Im Schutz der Paragraphen mischt er die gezinkten Karten
Und jeder kann es sehen, aber alle sehen weg
Und der Dunkelmann kommt aus seinem Versteck
Und dealt unter aller Augen vor dem Kindergarten

Der Ausguck ruft vom höchsten Mast: «Endzeit in Sicht»
Doch sie sind wie versteinert und sie hören ihn nicht
Sie ziehen wie Lemminge in willenlosen Horden
Es ist, als hätten alle den Verstand verloren
Sich zum Niedergang und zum Verfall verschworen
Und ein Irrlicht ist ihr Leuchtfeuer geworden

Der Steuermann lügt, der Kapitän ist betrunken
Und der Maschinist in dumpfe Lethargie versunken
Die Mannschaft, lauter meineidige Halunken
Der Funker zu feig, um SOS zu funken
Klabautermann führt das Narrenschiff
Volle Fahrt voraus und Kurs aufs Riff

Der Steuermann lügt, der Kapitän ist betrunken
Und der Maschinist in dumpfe Lethargie versunken
Die Mannschaft, lauter meineidige Halunken
Der Funker zu feig, um SOS zu funken
Klabautermann führt das Narrenschiff
Volle Fahrt voraus und Kurs aufs Riff

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=87446>

**Folgend der Beweis:
Wie die Irren-Verrückten und nicht des Denkens fähigen Regierenden
blöde daherreden, wie es bei ihnen gang und gäbe und also üblich ist.**

«FRÜHSTART» in die Demenz?

Jeder, der denken kann, weiss, dass das genaue Gegenteil die Wahrheit ist, und nicht das, was der deutsche Politiker und Abgeordnete des Bundestags, Anton Hofreiter sagt. Das soll ein würdiger Volksvertreter sein, der den Eid geschworen hat, das Wohl des deutschen Volkes zu mehren!?

Wer Waffen in Kriegsgebiete liefert, ist Kriegspartei, verlängert Krieg, Elend und Not und ist mit Schuld am Tod vieler Menschen. Die GRÜNEN habe sich von der selbsternannten «Antikriegspartei» zur Kriegspartei schlechthin entwickelt. Deutschland ist im Krieg und wird von Irren regiert.

A.W., Deutschland

Hofreiter im "ntv Frühstart"

"Je mehr Waffen wir liefern, desto schneller endet der Konflikt"

26.08.2022, 11:00 Uhr



So führt das Verschweigen von Fakten zu Unwahrheit und einander bestes Zusammenhalten

Autor: Christian Müller 4. Januar 2017, – 27. August 2022



(Foto Poroschenko Facebook)

Wenn eine Zeitung oder der ukrainische Staatspräsident Petro Poroschenko im militärischen Tarnanzug und mit Maschinenpistole und umrahmt von Soldaten und der US-Senator John McCain, als ehemaliger Kampfjet-Pilot im Vietnamkrieg ein erprobter Russland-Hasser, versichern: Eine Lüge ist eine Falschaussage wider besseres Wissen. Aber auch das Verschweigen von essentiellen Fakten kann in die – gewollte – Unwahrheit führen. Viele grosse Medien wählen im Falle des Krieges in der Ukraine diese Methode, um – gewollt – einseitig zu informieren, ohne dass sie der Lüge bezichtigt werden können. Die Analyse eines Medien-Sachverständigen.

Dass Wladimir Putin, der Präsident der Russischen Föderation, beschlossen hat, die Ukraine militärisch anzugreifen, ist ein Fakt. Dass dieser Beschluss Putins eine Reaktion auf die Politik der USA, Grossbritanniens und ganz generell der NATO war, ist auch ein Fakt. Aber niemand kann die westlichen Medien zwingen, auch diesen Tatbestand zu erwähnen – obwohl sie mit dem konsequenten Verschweigen dieses Fakts – offensichtlich gewollt – die TV-Zuschauer und Zuschauerinnen, die Radio-Zuhörer und Zuhörerinnen, und die Leser und Leserinnen in die Unwahrheit führen.

Um aufgrund von – vermeintlich objektiver – Information eine gewünschte Meinung zu erzeugen, gibt es verschiedene Methoden. Die verbreitetste und wichtigste ist die Auswahl der befragten Experten, die Wahl eingeladener Kommentatoren und die Entscheidung, welche Leserbriefe und Leserkommentare publiziert und welche nicht publiziert werden.

Wenn eine Zeitung oder eine Online-Plattform – als Beispiel – zum Thema Ukraine Andreas Umland als «Ukraine-Experten» zu einem Kommentar einladen, dann wissen sie zum voraus, was sie erhalten: Einen Text, der das politische und militärische Vorgehen der USA und der NATO gutheisst und alles, was von russischer Seite kommt, als inakzeptable Einmischung und/oder als reine Propaganda abtut – unabhängig, ob Umland dann in den «Blättern für deutsche und internationale Politik», in der «NZZ» oder auch auf der US-amerikanischen Plattform «History News Network» schreibt. Das Beispiel Andreas Umland ist insofern eklatant, als man aus der Vita und dem CV und den bisherigen Publikationen dieses Mannes weiss – wissen muss! –, dass er ausschliesslich im einseitig euroatlantischen Interesse kommentiert.

Bei den Experten aus dem Hochschul- und Medienbereich gilt es genauer hinzuhören. Dazu ein Beispiel aus der Schweiz. Das «Echo der Zeit» ist die älteste und beste tägliche deutschsprachige Informationssendung des öffentlich-rechtlichen Radios. Die Sendung verfügt über gegen zwanzig eigene Auslandkorrespondenten, viele davon sind absolut hervorragende Berichterstatter (Die online einsehbare Liste dieser Korrespondenten ist allerdings nicht mehr richtig, es wäre Zeit, sie endlich zu aktualisieren). Wo eine politische und/oder wirtschaftliche Situation durch eigene Leute aber nur ungenügend beleuchtet werden kann, wird regelmässig zum Gespräch mit sogenannten Experten gegriffen, im «Echo der Zeit» besonders oft mit Hochschul-Professoren und -Professorinnen von deutschen Universitäten oder auch etwa mit länderspezifischen Beobachtern der deutschen Stiftung «Wissenschaft und Politik» SWP. Und da beginnt das Problem – das Problem der gezielten Wahl einer zum Voraus bekannten Meinung, wie oben geschildert.

Befragt werden aber auch Journalistinnen und Journalisten anderer Medien-Institute. Ein konkretes Beispiel vom 22. August: Das Gespräch mit der deutschen Journalistin Sabine Adler.

Von Sabine Adler weiss man als Medien-Kenner, dass sie alles tut, um Russland schlecht zu machen. Nicht zuletzt deshalb wurde ihr 2015 für ihre Berichterstattung über den Euromaidan in Kiew und generell über die Ukraine der Karl-Hermann-Flach-Preis verliehen. Schon ihre damalige Dankesrede für die Preisverleihung spricht Bände. So etwa sagte sie dort, am 20. November 2015, in der Ukraine sei aufgrund der Maidan-Proteste und der Vertreibung des ordentlich gewählten Präsidenten Wiktor Janukowitsch – der tatsächlich so korrupt war wie seine Vorgänger und auch seine Nachfolger – eine «wirkliche Zivilgesellschaft» entstanden. (Dies allerdings ganz im Gegensatz zu ihrer Aussage in einem Artikel am 21. Februar 2015. Dort wörtlich: «Nur wenig geändert hat sich an der ungebrochenen Macht der Oligarchen, an der Korruption, am Fortbestand der alten Strukturen.» So schnell ändern Journalistinnen und Journalisten zuweilen ihre Meinung.) Sabine Adler erzählte in ihrer Dankesrede von der Einflussnahme Russlands auf den Maidan, erwähnte aber mit keinem Wort die Einflussnahme der USA, wo die USA über ihre Diplomatin Victoria Nuland doch immerhin eingestanden haben, schon vor dem Euromaidan fünf Milliarden Dollar für die politische Einflussnahme in der Ukraine ausgegeben zu haben, und wo der höchst prominente US-Senator John McCain, Kampfjet-Pilot-Veteran aus dem Vietnam-Krieg, doch persönlich auf dem Rednerpult auf dem Maidan aufgetreten war und die Bevölkerung zu weiteren Protesten ermuntert hat, und wo genau jener Mann – Arsenij Jazenjuk – dann neuer Ministerpräsident wurde, der von der US-Delegierten Victoria Nuland als «unser Mann» vorgeschlagen wurde. Einen Druck gegen die Ausübung der russischen Sprache bestritt Sabine Adler in ihrer Dankesrede – seltsamerweise mit dem Argument «Wer durch die Ukraine fährt, hört überall Russisch». Oder sie sagte den Satz: «Das russische Vorgehen in Georgien hat 2008 schon einmal gezeigt, dass Moskau vor Krieg nicht zurückschreckt», ohne auch nur mit einem Wort zu erwähnen, dass der damalige Krieg auf Befehl des damaligen Präsidenten von Georgien, Micheil Saakaschwili, begonnen wurde.

Diese Sabine Aldler hat jetzt ein neues Buch veröffentlicht, Grund für das Schweizer «Echo der Zeit», mit ihr ein Gespräch zu führen. Und was sagt sie in dem sechsmütigen Gespräch? Die ganze Politik Deutschlands sei seit der Annexion der Krim durch Russland absolut falsch gewesen, dort hätte Deutschland viel härter gegen Russland vorgehen müssen. Kein Wort zum Fakt, dass die überwältigende Mehrheit der Krim-Bevölkerung sich von der neuen, klar nicht auf demokratischem Weg zustande gekommenen Regierung in Kiew nicht mehr vertreten fühlte und eine Abtrennung – eine Sezession – von der Ukraine und eine Wiedervereinigung mit Russland ausdrücklich wünschte. Kein Wort zum dortigen Referendum, dessen Resultat an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrigliess. Kein Wort darüber, dass «Kiew» die der Krim 1991 versprochene erhöhte Autonomie nie eingehalten hat, und kein Wort darüber, dass es auch im Völkerrecht ein Recht auf Selbstbestimmung der Völker gibt – oder zumindest gäbe. Nicht was Sabine Adler sagte, waren Lügen, sie darf ja ihre persönliche Meinung zu Russland haben – der hervorragende Film «Der weisse Tiger» lässt grüßen –, aber was sie verschwieg, musste die Zuhörer und Zuhörerinnen in die politische und historische Unwahrheit führen.

Ein zufälliges Beispiel nur? Wir nennen auch ein zweites. Nur einen Tag später befragt das gleiche «Echo der Zeit» für einmal einen Schweizer Professor, den Völkerrechtsspezialisten Oliver Diggelmann von der Universität Zürich. Es geht um die Frage, wieweit die Beschießung des AKWs Saporischschja wegen des möglichen Austritts von Radioaktivität ein Kriegsverbrechen sei. Die Moderatorin stellt im zweiten Teil des ebenfalls sechsmütigen Gesprächs dann auch die Frage, wie eine mögliche Stilllegung des AKWs zu beurteilen wäre, mit, wie sie wörtlich sagte, «grossen Konsequenzen für die Versorgungssicherheit der Ukraine». Der Völkerrechtsfachmann von der Universität antwortet auf diese Frage, «kritische Infrastruktur, an der das Leben vieler Zivilpersonen hängt, muss verschont werden nach dem humanitären Völkerrecht.» Auch hier wieder: Kein Wort darüber, dass nach der Sezession der Krim die Ukraine (.) der Krim – die ja nach Ansicht von «Kiew» sogar noch eigenes Land und ihre Bewohner ukrainische Staatsbürger waren – nicht nur die Versorgung mit elektrischem Strom gekappt hat, sondern den aus dem Dnepr gespeisten Nord-Krim-Kanal mit einem neu erstellten Damm trockengelegt hat und damit riesige Landwirtschaftsflächen auf der Krim der Vernichtung durch Dürre ausgeliefert hat. Die Wasserversorgung auf der Krim erfolgte vorher zu 85 Prozent aus diesem Kanal, jetzt sollte die Bevölkerung der Krim doch einfach verhungern. Aber weil dieses, gemäss Diggelmann, klare völkerrechtliche Verbrechen von der Ukraine verübt wurde, nicht von Russland, wird es von der Moderatorin einfach totgeschwiegen, auch in einem Radio-Gespräch, wo es als Beispiel unbedingt hätte erwähnt werden müssen.

Der Nord-Krim-Kanal, für das Überleben der Krim-Bevölkerung unabdingbar, wurde von der Ukraine nach der Sezession der Krim einfach stillgelegt. Aber davon spricht niemand, auch wenn es um die «grossen Konsequenzen für die Versorgungssicherheit von zivilen Menschen» geht.

Auch Verschweigen führt in die Unwahrheit

Normale Medien-Konsumenten, selbst relativ kritische, können diese feine Methode der Verbreitung von Unwahrheiten kaum erkennen. Deshalb ist es besonders wichtig – nicht zuletzt im Interesse einer echten, funktionierenden Demokratie –, dass auch alternative Stimmen gehört und gelesen werden. Im deutschsprachigen Raum zum Beispiel die «NachDenkSeiten» und/oder die genau recherchierende Plattform «Ger-

man Foreign Policy» oder auch «LostinEUROPE», die unabhängige Stimme aus Brüssel. Auch die Plattform «Antispiegel» zu konsultieren ist kein Luxus. Oder eben seit kurzem auch «Globalbridge.ch», die neue Plattform, die versucht, den bewusst verschwiegenen Informationen der nach der US-Geige tanzenden deutschen und Schweizer Mainstream-Medien Raum zu geben. Zum Beispiel neu mit einem wöchentlichen Bericht aus dem Donbass, wo die Menschen seit acht Jahren von ukrainischen Militärs und Milizen beschossen werden. Wo kann man sonst noch darüber lesen?

Quelle: <https://globalbridge.ch/so-fuehrt-das-verschweigen-von-fakten-zu-unwahrheit/>

Kaltes Land

4. September 2022, Erstellt von Hans-Georg Münster



Von den zahlreichen Bildern mit politischen Botschaften, die im Internet kursieren, hat mich in jüngster Zeit eins besonders beeindruckt: Es zeigt das Foto eines lächelnden Altkanzlers Gerhard Schröder, der fragt: «Wollt Ihr wirklich frieren? Ich frage für einen Freund.» Der Freund ist natürlich kein anderer als Wladimir Putin. Der jedoch ist in der deutschen Politik und in den Medien des Landes derzeit so etwas wie der «Darth Vader» aus dem Krieg der Sterne – das absolut Böse, das um jeden Preis bekämpft werden muss, selbst wenn man dafür frieren sollte. Kanzler Olaf Scholz (SPD) sicherte daher auf einer internationalen Konferenz in Prag der Ukraine dauerhafte Hilfe zu: «Wir werden diese Unterstützung aufrechterhalten, verlässlich und so lange wie nötig», erklärte der Kanzler und präzisierte: «Das gilt für den Wiederaufbau des zerstörten Landes, der eine Kraftanstrengung von Generationen wird.»



Aussenministerin Annalena Baerbock (Grüne) äusserte sich in der «Bild am Sonntag» genauso: «Die Ukraine verteidigt auch unsere Freiheit, unsere Friedensordnung. Und wir unterstützen sie finanziell und militärisch – und zwar so lange, wie es nötig ist.» Wer diese Kraftanstrengungen mit jahrelangen Rüstungslieferungen, Hilfszahlungen für den ukrainischen Staatshaushalt und Stabilisierungsmassnahmen für die Währung in

den nächsten Jahren bezahlen soll, sagten Scholz und Baerbock lieber nicht. Stattdessen liess sich der Kanzler filmen, wie er tollpatschig auf einen Gepard-Panzer herumkletterte, der an die Ukraine geliefert werden soll. Das sollte eine Demonstration der Stärke sein, in Wirklichkeit lieferte das Bild ein anschauliches Beispiel dafür, wie hilflos diese Regierung agiert.

Wenn Scholz den Deutschen die Wahrheit sagen würde, müsste er ganz klar das deutsche Volk als Verlierer benennen und zugeben, gegen seinen Amtseid verstoßen zu haben. Bei seiner Vereidigung im Bundestag am 8. Dezember 2021 schwor er nämlich, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden. Das haben Scholz und seine Regierung jedoch zu keinem Zeitpunkt seit Beginn der Ukraine-Krise getan. Im Gegenteil: Die Embargomassnahmen schaden den Deutschen mehr als Putin. Die Linken-Politikerin Sahra Wagenknecht, eine einsame Ruferin gegen den Berliner pro-ukrainischen Chor, hält die Debatten über kürzeres Duschen, Verdunkeln der Innenstädte und Absenkung der Wohnungstemperatur auf 16 Grad für aberwitzig. Man solle lieber der Wahrheit ins Auge sehen: «Die westlichen Sanktionen ruinieren nicht Russland, sondern Deutschland. Putin verkauft seine Rohstoffe an andere Länder und seine Taschen sind durch die steigenden Energiepreise prall gefüllt, während die Portemonnaies der Menschen hierzulande immer leerer werden.» Die Berliner Regierung hat bisher noch leichtes Spiel, auch wenn Baerbock sich kürzlich verplapperte, als sie nach einem Gaslieferungsstopp «Volksaufstände» befürchtete. Doch Deutsche handeln nicht so emotional wie Franzosen und Italiener. Sie sind traditionell regierungsgläubig und nur schwer aus der Ruhe zu bringen. Selbst Ende 1944 sollen viele Deutsche noch geglaubt haben, dass die Ardennenoffensive die Wende im Krieg bringen werde und sassen brav in ihren Luftschutzkellern. Dabei war der Krieg spätestens mit der Niederlage der 6. Armee in Stalingrad 1943 verloren.



Scholz, sein Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) und Finanzminister Christian Lindner (FDP) haben angesichts der Ruhe im Land leichtes Spiel. Ein «präzises, massgeschneidertes Entlastungspaket» (Scholz) soll wie Baldriantropfen die Bürger weiter einlullen. Lindner sieht sogar finanzielle Spielräume für Entlastungen, obwohl dies nicht stimmt. Der Bundesrechnungshof, den die Koalition bisher noch nicht mit Günstlingen besetzen und unter Kontrolle bringen konnte, warf Lindner vor, im Haushaltsentwurf für 2023 die Neuverschuldung mit 17,2 Milliarden Euro zu niedrig angegeben zu haben. In Wirklichkeit seien es 78 Milliarden Euro.

Deutschland bekommt jetzt von den Weltmärkten die Rechnungen dafür präsentiert, dass seine Regierung die Wirtschaftsbeziehungen zu Russland abbrach, ohne sich vorher um preiswerte Ersatzquellen für Kohle, Öl und Gas zu bemühen. Besuche von Habeck in Katar sowie von Scholz und Habeck in Kanada hatten allenfalls propagandistische Wirkung. Sie brachten jedoch nicht einen Kubikmeter Erdgas mit. Die Preissteigerungen auf den internationalen Märkten lassen die Belastungen ins Unermessliche steigen. Die Schweizer «Neue Zürcher Zeitung» rechnete vor, dass die deutschen Gaskosten in der Vergangenheit etwa 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen hätten. Jetzt steige dieser Satz auf acht Prozent. In Zahlen ausgedrückt: Betrug die Gasrechnung in der Vergangenheit rund 18 Milliarden Euro (2020), so müssen die deutschen Verbraucher und Unternehmen in Zukunft rund 288 Milliarden Euro für Gas im Jahr bezahlen. Beim Strom sieht es ähnlich aus.



Mit Kostensteigerungen dieser Größenordnung kommt kein Land zurecht, auch nicht das einst reiche Deutschland. Viele Bürger ahnen natürlich, dass etwas nicht stimmt, was nicht zuletzt an einer allgemeinen Inflationsrate von über acht Prozent deutlich wird – der höchsten Inflationsrate seit Gründung der Bundesrepublik. Deutsche und europäische Institutionen zeigen sich gegen den Gas- und Strommangel hilflos, Spaltungstendenzen in Europa und in der Währungsunion werden ignoriert. Nur in der Propaganda sind die Herrschaften in Brüssel und in Berlin weltmeisterlich. Wie soll schon Bismarck, der letzte deutsche Staatsmann mit geopolitischer Begabung, gesagt haben: «Es wird niemals so viel gelogen als vor den Wahlen, während des Krieges und nach der Jagd.»

Deutsche Medien nehmen die Propaganda dankbar auf. So vertrauen sie den Ankündigungen des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selensky, seine Armee werde eine Grossoffensive beginnen und schliesslich auch die Krim besetzen. Die «Neue Zürcher Zeitung» warnte die deutsche Öffentlichkeit und Politiker vor einer verzerrten Wahrnehmung des Krieges. «Im Krieg posaunt man seine Pläne nicht heraus, ausser man verfolgt damit ein propagandistisches Ziel.» Warum die ukrainische Propaganda in Deutschland auf so fruchtbaren Boden fällt, erklärt die «Neue Zürcher Zeitung» damit, dass sich die Öffentlichkeit «gerade danach sehnt, dass den russischen Aggressoren der Graus gemacht wird». Dem früheren deutschen Innenminister Otto Schily (SPD) geht die Propaganda derart auf die Nerven, dass er Teilen Deutschlands «Kriegsverherrlichung» vorwarf.

In den deutschen Medien prägt derzeit Carlo Masala die Stimmung in der Berichterstattung über die Militäroperationen in der Ukraine, nachdem der seiner Ablösung entgegensehende ukrainische Botschafter Melnyk wegen seiner ständigen Beleidigungen deutscher Politiker und wegen seiner Verehrung für den Nazi-Kollaborateur Pandera erheblich seltener gefragt ist. Als sich Selenskys Behauptungen über die Grossoffensive nicht bestätigten, erklärte der als Militärexperte bezeichnete Politikwissenschaftler von der Bundeswehr-Universität München das damit, die aktuellen Angriffe der Ukraine auf russische Truppen dienten der «Vorbereitung» einer Gegenoffensive.



Während Masala in allen Medien omnipräsent ist, geht echte Expertise in Deutschland unter. Der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr und ehemalige Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, Harald Kujat, wies daraufhin, dass die Ukraine militärisch zu diesen Gegenangriffen gar nicht in der Lage sei, während die Russen zwar «sehr langsam aber systematisch Fortschritte machen».

Kujat sprach sich für eine Unterstützung der Ukraine aus, plädierte jedoch auch für Verhandlungen mit Russland, um den Konflikt zu beenden: «Das kann man nur mit Diplomatie erreichen.» Durch die Waffenlieferungen sei nichts erreicht worden. Die Russen hätten immer die Fortschritte erzielt, die sie hätten erzielen wollen.

Kujat sieht durchaus den Zeitpunkt kommen, an dem Russland erklären könnte, seine Kriegsziele erreicht zu haben und die Bereitschaft zu Verhandlungen signalisieren könnte. Dann müsse die Chance zu Verhandlungen ergriffen werden. Und wenn der amerikanische Präsident John Biden erklärt habe, er werde die Ukraine nicht zu territorialen Zugeständnissen drängen, dann ist «das eine diplomatische Umschreibung dafür, dass die Ukraine selbstverständlich territoriale Zugeständnisse machen muss am Ende dieses Krieges». Kujat steht mit dieser Ansicht nicht alleine. Der Sonderberater des früheren amerikanischen Präsidenten Barack Obama, Charles Kupchan, hält es ebenso für wichtig, sich auf die Diplomatie zu konzentrieren und Waffenlieferungen mit einer Strategie zu verbinden, «die den Krieg beenden kann und anschliessend eine Plattform für Verhandlungen über Gebietsabtretungen schafft». Es ist interessant, dass Kupchan seinen Standpunkt ausgerechnet in der Zeitschrift der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung verbreiten konnte.



Auch der Spitzbeamte im deutschen Kanzleramt, Jens Ploetner, hatte bereits im Juni in einer Diskussion bei der Gesellschaft für auswärtige Politik in Berlin erklärt: «Mit 20 (Schützenpanzern) Mardern kann man viele Zeitungsseiten füllen, aber grössere Artikel darüber, wie in Zukunft unser Verhältnis zu Russland sein wird, gibt es weniger.» Darüber braucht man einen öffentlichen Diskurs.

Dieser Diskurs ist notwendiger denn je, denn jahrelang kann es mit einer Politik der Durchhalteparolen und Verdrehungen nicht weitergehen, zumal die Sympathiewerte für die Berliner Regierung in Umfragen jetzt schon auf einem Tiefstand angekommen sind. Schon der amerikanische Präsident Abraham Lincoln wusste: «Man kann einen Teil des Volkes die ganze Zeit täuschen und das ganze Volk einen Teil der Zeit. Aber man kann nicht das gesamte Volk die ganze Zeit täuschen.»

Bilder: depositphotos

Die Meinung des Autors/Ansprechpartners kann von der Meinung der Redaktion abweichen. Grundgesetz Artikel 5 Absatz 1 und 3 (1) «Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äussern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.»

Quelle: <https://www.world-economy.eu/nachrichten/detail/kaltes-land/>

Premierminister Boris Johnson sabotierte das Friedensabkommen zwischen der Ukraine und Russland

uncut-news.ch, September 4, 2022



Johnson en Zelenski (PRESIDENT OF UKRAINE VOLODYMYR ZELENSKYY Official website CC BY 4.0)

Wir sind erneut getäuscht worden. Anfang April war ein Friedensabkommen zwischen Russland und der Ukraine nahezu abgeschlossen. Dann wurde die Vereinbarung auf mysteriöse Weise torpediert. Russland sollte sich auf die Positionen zurückziehen, die es im Februar innehatte, als es die Kontrolle über einen Teil des Donbass und der Krim übernommen hatte. Die Ukraine würde ihrerseits versprechen, keine Annäherung an die NATO zu suchen.

Nach Angaben der Internetzeitung «Ukrainska Pravda» stattete der britische Premierminister Boris Johnson dem ukrainischen Präsidenten Selensky einen Überraschungsbesuch ab, um das Friedensabkommen zu sabotieren. Auch US-Aussenminister Blinken war nicht für das Abkommen.

Drei Tage nach Johnsons Überraschungsbesuch war das Friedensabkommen vom Tisch. Der Krieg – und all das damit verbundene Elend – hätte also schon nach wenigen Wochen vorbei sein können. Das war nicht der Fall, denn die Menschen wollten nicht, dass der Krieg endet. Das ist ein Schwindel, sagt Paul Joseph Watson in einem Video.

Am 24. August, dem Unabhängigkeitstag der Ukraine, reiste Johnson erneut nach Kiew. Er war in der ukrainischen Hauptstadt, um neue Waffenhilfe im Wert von 64 Millionen Euro zuzusagen.

Der Premierminister, der in diesem Monat zurücktritt, erklärte, das Vereinigte Königreich werde weiterhin «Schulter an Schulter» mit der Ukraine stehen. Es war der vierte Besuch Johnsons in der Ukraine in diesem Jahr.

Quelle: <https://uncutnews.ch/premierminister-boris-johnson-sabotierte-das-friedensabkommen-zwischen-der-ukraine-und-russland/>

Die deutsche Aussenministerin hat das gesamte Konzept der westlichen Demokratie diskreditiert

uncut-news.ch, September 4, 2022



Annalena Baerbocks Äusserungen werden im nachhinein höchstwahrscheinlich als Wendepunkt angesehen werden, an dem die «demokratische» Maske auf infame Weise verrutschte und das diktatorische Gesicht der deutschen Elite zum Vorschein kam.

Unter dem Begriff der westlichen Demokratie wird allgemein verstanden, dass die gewählten Vertreter der Gesellschaft stets im Interesse ihres Volkes arbeiten und ihm gegenüber rechenschaftspflichtig sein sollen, weshalb die jüngste politische Erklärung der deutschen Aussenministerin so schockierend war. Annalena Baerbock gab am Mittwoch auf einer Konferenz zum Thema «Demokratie in Gefahr: Wie reagieren wir?» ironisch das folgende antidemokratische Versprechen ab:

«Wenn ich den Menschen in der Ukraine das Versprechen gebe – «Wir stehen zu euch, solange ihr uns braucht» – dann will ich das auch halten. Egal, was meine deutschen Wähler denken, aber ich will das Versprechen gegenüber den Menschen in der Ukraine halten.

Wir stehen jetzt vor dem Winter, wo wir als demokratische Politiker herausgefordert sein werden. Die Menschen werden auf die Strasse gehen und sagen: «Wir können unsere Energiepreise nicht bezahlen.» Und ich werde sagen: «Ja, ich weiss, deshalb helfen wir euch mit sozialen Massnahmen.»

Aber ich will nicht sagen: «Ok, dann hören wir mit den Sanktionen gegen Russland auf.» Wir werden an der Seite der Ukraine stehen, und das bedeutet, dass die Sanktionen auch im Winter aufrechterhalten werden, selbst wenn es für die Politiker wirklich hart wird.»

In nur wenigen Sätzen hat die Spitzendiplomatin des De-facto-Führers der EU das gesamte Konzept der westlichen Demokratie in Misskredit gebracht. Weit davon entfernt, sich für die Interessen der Menschen einzusetzen, die ihre Regierung gewählt haben, verspricht sie offen, gegen sie zu arbeiten, selbst wenn diese massenhaft auf die Strasse gehen, um gegen ihre kontraproduktive Politik der Russland-Sanktionen zu protestieren, die den Durchschnittsdeutschen so viel Leid zugefügt hat.

Vor über einem halben Jahr, vor der jüngsten, von den USA provozierten Phase des Ukraine-Konflikts, hätten westliche Beamte und einflussreiche Meinungsmacher in ihrer Gesellschaft (vor allem in den von der Regierung beeinflussten Mainstream-Medien) jede Spekulation über dieses Szenario als sogenannte «Verschwörungstheorie» im Rahmen ihrer bösartigen Informationskampagne gegen die Köpfe der eigenen Bevölkerung verleumdet. Und siehe da, jetzt, wo Baerbock die westliche Demokratie in Misskredit gebracht hat, haben dieselben Leute nichts mehr zu sagen.

Im Gegenteil, es ist zu erwarten, dass diese Meinungsmacher sie bald verteidigen werden, mit dem Argument, dass jeder Deutsche leiden muss, um angeblich die «Demokratie» in der Ukraine zu schützen. «Der Zweck heiligt die Mittel», wie die machiavellistische Denkweise lehrt. Daraus folgt, dass das Wesen der westlichen Demokratie anscheinend auf unbestimmte Zeit ausgesetzt werden muss, bis die so genannte «Entkolonialisierung Russlands» vollständig abgeschlossen ist, wie die westlichen Führer jetzt andeuten, dass dies ihr grosses strategisches Ziel in diesem Stellvertreterkrieg ist.

Da dies jedoch nichts als ein politisches Hirngespinst ist, bedeutet dies, dass der vergleichsweise viel «demokratischer» Status quo ante bellum offensichtlich niemals zurückkehren wird, ja nicht einmal von vornherein angestrebt wird. Die schleichende Erkenntnis dieser politischen Tatsache wird vorhersehbar zu weitreichenden Protesten im gesamten Westen führen, die durch die Verzweiflung der Menschen, die zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg ernsthaft darum kämpfen, ihre grundlegenden Lebenshaltungskosten zu bestreiten, nur noch wilder werden.

Vor diesem Hintergrund ist es viel einfacher zu verstehen, was genau Baerbock mit ihrer provokanten Erklärung, die die westliche Demokratie völlig diskreditiert, erreichen wollte. Sie versucht, die Öffentlichkeit in den Glauben zu versetzen, dass ihr bestehendes und bevorstehendes wirtschaftliches Leid einer sogenannten «grösseren Sache» als ihr selbst dient, einer Sache, die zu unterstützen für ihre Regierung trotz der immensen Kosten offenbar «unvermeidlich» war. Mit diesem falschen Narrativ soll die Protestbewegung naiv geschwächt werden.

Die Realität ist jedoch, dass die «Demokratie» in der Ukraine von keinem Geringeren als Selensky selbst mit voller westlicher Unterstützung abgebaut wurde, nachdem er Oppositionsparteien verboten, einige ihrer Mitglieder ins Gefängnis gesteckt und kritische Medien geschlossen hatte. Ausserdem war es nicht «unvermeidlich», dass Deutschland vor den Sanktionsforderungen der USA kapitulierte und damit wirtschaftlichen Selbstmord beging, indem es seine eigene Bevölkerung freiwillig verarmte und damit die Wettbewerbsfähigkeit der EU gegenüber den USA für immer beeinträchtigte.

Unabhängig von Baerbocks dramatischem Versprechen an die Ukraine belegen die neuesten Daten des Ukraine Support Tracker des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, über die Politico Ende August berichtete, dass Deutschland und die fünf anderen grössten EU-Länder im Juli keine neuen militärischen Zusagen an Kiew gemacht haben. Es ist offensichtlich, dass die Aussenministerin des De-faco-Führers der Union mit gespaltener Zunge spricht, und zwar aus Gründen, die nur sie selbst erklären kann, die aber durch fundierte Mutmassungen zu beantworten sind.

Einerseits meinen sie und ihresgleichen es todernst mit der Demontage der westlichen Demokratie, genau wie Selensky seine zerfallende frühere Sowjetrepublik demonstriert hat, aber andererseits ist ihr auch klar, dass Deutschland seine Militärhilfe für Kiew nicht unbegrenzt aufrechterhalten kann. Darin liegt das Dilemma zwischen Worten, Taten und Absichten – das in diesem Fall durch ihr Zusammentreffen noch komplizierter wird –, das es schwierig macht, genau vorherzusagen, was Deutschland als nächstes tun wird.

Dennoch sind die Parameter seiner politischen Optionen bereits erkennbar. Die Eliten wollen nicht zum vergleichsweise «demokratischeren» Status quo ante bellum zurückkehren, können aber auch nicht mit Volldampf eine hyperliberale Diktatur errichten, da sie bereits in diesem Winter mit massiven Unruhen rechnen, wenn die drohende Energiekrise ihren Höhepunkt erreicht. Dies deutet auf eine so genannte «Mittelweg»-Politik hin, bei der die kommende Diktatur schrittweise und nicht radikal durchgesetzt werden soll.

Was die militärische Dimension anbelangt, so kann Deutschland zwar nicht von seinen früheren Verpflichtungen zurücktreten, aber auch nicht das Tempo der bisherigen Entsendungen beibehalten, geschweige denn mit den USA in dieser Hinsicht konkurrieren. Aus diesem Grund ist zu erwarten, dass der De-facto-Führer der EU weiterhin eine wenig überzeugende Rhetorik des «Beistands für die Ukraine, koste es, was es wolle» an den Tag legen wird, während er hinter den Kulissen einen Teil seiner Waffenlieferungen an Kiew zurückfahrt.

Deutschlands antirussische Sanktionspolitik wird wahrscheinlich sehr streng bleiben, da sie von seinem amerikanischen Schutzherrn durchgesetzt wird, der Berlin niemals ohne die Erlaubnis Washingtons davon abrücken lassen wird, die vermutlich niemals erteilt wird. Dies wiederum lässt vermuten, dass die strukturelle Grundlage der Instabilität des Landes nicht angegangen wird, was bedeutet, dass weitere Proteste zu erwarten sind, in deren Rahmen provokative Elemente (ob mit oder ohne staatliche Beteiligung) den Vorwand für eine Beschleunigung diktatorischer Tendenzen schaffen könnten.

Während Deutschland darum ringt, seine Handlungen und Absichten in Bezug auf diese drei Politiken, die mit der Zukunft seines politischen Systems, den Waffenverkäufen an Kiew und den antirussischen Sanktionen zusammenhängen, in Einklang zu bringen, werden sich seine Vertreter wahrscheinlich an das offizielle

Drehbuch halten, unabhängig von den tatsächlichen politischen Diskussionen. So werden die Bürger spekulieren müssen, was wirklich hinter den Kulissen vor sich geht, da nichts klar sein wird, was an und für sich schon ein weiteres Beispiel dafür ist, dass Deutschland die westliche Demokratie diskreditiert.

Alles in allem werden Baerbocks Äusserungen im Nachhinein höchstwahrscheinlich als ein Wendepunkt betrachtet werden, an dem die ‹demokratische› Maske in berüchtigter Weise verrutschte und das diktatorische Gesicht der deutschen Elite zum Vorschein kam. «Deutschlands jahrhundertlanger Plan, die Kontrolle über Europa zu erlangen, ist in wirtschaftlicher, militärischer und politischer Hinsicht fast abgeschlossen. Deswegen scheint die deutsche Elite beschlossen zu haben, dass es an der Zeit ist, schrittweise eine Diktatur im eigenen Land zu errichten, um angeblich die Grundlage für ihre Diktatur über den Rest der EU zu schaffen.»

QUELLE: THE GERMAN FOREIGN MINISTER DISCREDITED THE ENTIRE CONCEPT OF WESTERN DEMOCRACY

ÜBERSETZUNG: LZ

Quelle: <https://uncutnews.ch/die-deutsche-aussenministerin-hat-das-gesamte-konzept-der-westlichen-demokratie-diskreditiert/>

Das Entlastungspaket der Regierung ist eine Mogelpackung

SEPTEMBER 3, 2022, Von Peter Haisenko

Der Staat kann nur das Geld ausgeben, das er den Bürgern abgenommen hat. Das bedeutet, dass die Bürger selbst ihre ‹Entlastung› bezahlen müssen. Wenn dazu noch diverse Steuern gesenkt werden sollen, das dann auch noch funktionieren soll, muss die Frage gestellt werden, ob der Staat den Bürgern nicht schon lange zu viel Steuerlast aufgebürdet hat.

Seit Beginn des Corona-Wahnsinns sind alle bisher ‹heiligen› Regeln der Finanzwirtschaft über den Haufen geworfen worden. Man hat Menschen verboten zu arbeiten, ihnen aber dennoch Geld aus der Steuerkasse gegeben. Jedem, der noch denken kann, war klar, dass das nicht wirklich funktionieren kann. Oder man hat verstanden, dass dies Methoden des Sozialismus sind. Man gibt einfach Geld an die, die es brauchen, ganz gleich, ob sie eine sinnvolle Tätigkeit ausüben. Das jetzt angekündigte Entlastungspaket der Regierung ist die logische Fortsetzung und gleichzeitig der Marsch in den Sozialismus. Aber es ist noch schlimmer. Weil unser Staat nicht auf Reserven zurückgreifen kann, keine Überschüsse hat, muss der Staat im Namen seiner Bürger Kredite aufnehmen, um das zu finanzieren. Das heisst, der Staat selbst zwingt seine Bürger auf Kredit zu leben. Allerdings auf Krediten, die niemals zurückgezahlt werden können.

Um das nochmals zu verdeutlichen: Der Staat zieht Steuern ein. Dann bringt er seine Bürger und die gesamte Industrie in eine prekäre Lage mit irrsinnigen Sanktionen, um Russland in die Knie zu zwingen. Diese Sanktionen schaden aber Russland kaum, dafür Deutschland umso mehr. Anstatt nun zur Vernunft zu kommen, verschärft er die Sanktionen immer weiter. Er verbietet Russland das zu liefern, was wir dringend benötigen, obwohl Russland liefern will. Als Folge erleben wir eine Inflation in einer Höhe, die es seit Jahrzehnten nicht mehr gegeben hat. Die Bürger beginnen zu murren, weil es an allen Ecken und Enden zu kneifen beginnt. Dazu sagt dann die Aussenministerin, wir stehen an der Seite der Ukraine, ‹egal, was meine deutschen Wähler denken›.

Das seltsame Demokratieverständnis der Aussenministerin

Das muss man sich nochmals auf der Zunge zergehen lassen: Frau Baerbock gibt öffentlich bekannt, dass es ihr egal ist, was ‹ihre› Wähler denken. Ihre Wähler? Das sind 16 Prozent der abgegebenen Stimmen. So mit sagt sie, dass ihr insbesondere das egal ist, was diejenigen denken, die ihr ins Amt geholfen haben. Darf man dann annehmen, dass es ihr nicht egal ist, was die restlichen 84 Prozent denken? Ich denke, diese Ableitung ist nicht zutreffend, obwohl nur ‹ihre› Wähler sie auch als Vertreterin einer ‹Friedenspartei› erkoren haben. Aber es geht ums Grundsätzliche. Frau Baerbock steht immer in der ersten Reihe, wenn es darum geht, eine andere Partei als un- oder antideokratisch und rechtsradikal zu verunglimpfen. Jetzt aber gibt sie bekannt, was sie selbst von Demokratie hält. Nämlich gar nichts. Wie sonst könnte man ihre Aussage interpretieren? In jeder funktionsfähigen Demokratie, jedem Rechtsstaat, müsste sie umgehend vom Präsident entlassen werden.

Doch zurück zum Entlastungspaket. Ganz gleich, ob es sich um das ‹Neun-Euro-Ticket› handelt oder um die vorübergehende Senkung der Kraftstoffsteuer, all das wird aus dem Geld bezahlt, das der Staat den Bürgern abgenommen hat. Eben aus Steuergeldern. Das heisst im Klartext, dass die Bürger selbst die Kosten für ihre ‹Entlastung› tragen müssen. Was aber in den Entwürfen sichtbar wird, ist der Einstieg in sozialistische Praktiken. Entlastet sollen nämlich nicht alle werden, sondern nur diejenigen, die sich in den unteren Einkommensgruppen befinden. Das wiederum heisst, dass eine Umverteilung in historischem Massstab geplant ist. Das läuft dann in etwa so, wie jede kommunistische Revolution. Man nimmt den ‹Reichen›, verteilt es an die ‹Armen› und alle Armen sind erstmal glücklich und ruhig gestellt.

Wenn das Geld verteilt ist, gibt es kein neues

Wie wir aber aus allen kommunistischen Revolutionen gelernt haben, kommt der Katzenjammer, sobald der Raubzug an den Reichen aufgebraucht ist. Dann gibt es nämlich niemanden mehr, dem man für diese Wohltaten etwas abnehmen kann. Das revolutionäre System versinkt kollektiv in der Armut. Im aktuellen Fall ist es aber schlimmer. Wegen der Inflation und der explodierenden Energiepreise werden auch reihenweise Unternehmen ihren Betrieb einstellen müssen. Das bedeutet, dass dann nicht nur die Arbeitnehmer kein Einkommen mehr haben werden, sondern auch kaum noch Steuern in die Staatskassen kommen werden. Dann aber ist auch der Staat nicht mehr in der Lage, Geld an Bedürftige auszuschütten. Das System, der Staat, ist am Ende und mit einer Staatspleite konfrontiert.

Will er jetzt neue Staatsanleihen emittieren, kann er das nur zu horrenden Konditionen, also richtig hohen Zinssätzen. Das aber kann er nur leisten, wenn er die Steuern erhöht. Man sieht, unsere Regierung treibt uns in einen Teufelskreis, der nicht mehr beherrschbar ist. Im Übrigen sollte man sich auch darüber im Klaren sein, dass jede Ausgabe von Staatsanleihen eine verdeckte Steuererhöhung ist, die nur verschleiert, verschoben und verschlimmert wird. Es müssen ja jetzt nicht nur die Schulden beglichen werden, sondern auch noch die Zinsen bezahlt für diese Schulden. Der ehrliche Ablauf wäre, dass der Staat gleich die Steuern erhöht, wenn ihm Geld fehlt. Das aber würde den Wählern auffallen und die Regierung würde bei der nächsten Wahl die Quittung erhalten. Deswegen wählt man den hinterhältigen Weg der Staatsverschuldung, denn die unumgängliche Steuererhöhung fällt erst in die nächste Legislaturperiode, wenn dann nicht wieder mit neuen Schulden der Vorgang weiter verschleiert wird. Die Banken lachen sich tot.

Das Entlastungspaket läutet das Ende des deutschen Staats ein

Mit diesem Entlastungspaket wird das Ende des zahlungsfähigen, also funktionsfähigen Staats eingeläutet. Unwiederbringlich. Der schlechte Witz daran ist aber, dass es dieses Entlastungspaket nicht bräuchte, wenn unsere Regenten ihren Amtseid ernst nähmen. Man müsste nur Nordstream 2 in Betrieb nehmen und alle Sanktionen gegen Russland einstellen. Das aber schliesst unsere Aussenministerin kategorisch aus. Selbst dann, wenn massenweise demonstriert wird. Ihre Vasallentreue gegenüber Washington und ihr Hass auf Putin verbietet ihr das. Und wahrscheinlich auch ihre Liebe zu ukrainischen Oligarchen. Oder ist es sogar so, dass nicht nur Baerbock, sondern die gesamte grüne Führungsriege, tatsächlich die Deindustrialisierung Deutschlands betreiben, was ihrer verqueren Ideologie entsprechen würde.

Mit Wissenschaft, Mathematik oder Physik, stehen die Grünen auf Kriegsfuss. Zu viel flagranter Unsinn ist immer wieder aus ihren Reihen zu hören. Nicht nur das. Insbesondere Baerbock hat auch mit Demokratie nichts am Hut. So sagt sie: Ihr sei bewusst, dass mit der anstehenden Winterzeit weitere Herausforderungen auf die Politik zukommen werden: «Die Menschen werden auf die Strasse gehen und sagen, dass sie ihre Energiepreise nicht bezahlen können.» Dagegen müsse man mit Sozialmassnahmen vorgehen, aber sie werde deswegen nicht sagen, man müsse die Sanktionen gegen Russland aufheben. Und weiter: «Wir werden an der Seite der Ukraine stehen, und das bedeutet, dass die Sanktionen auch im Winter aufrechterhalten werden, selbst wenn es für Politiker sehr schwierig wird.»

Wen interessiert schon, wenn es für die Bürger schwierig wird?

Aha, es interessiert sie nur, dass es für Politiker schwierig werden wird, die Befindlichkeit der Bürger ist da nicht wichtig. Aber es geht weiter: Baerbock will auch die Wehrhaftigkeit Deutschlands steigern, was aber Mehrausgaben für das Militär bedeutet. Wie sie das finanzieren will muss ihr Geheimnis bleiben, aber für sie ist es wichtiger, Russland in der Ukraine ein «strategisches Scheitern» zu besorgen. Ganz gleich, ob das eine Mehrheit will. Und sie will innerhalb Russlands subversiv agieren, indem sie dort regierungskritische Personen unterstützen will. Ach ja, dafür hat sie auch noch Geld übrig.

So komme ich zum Schluss, dass Baerbock & Co unser Land an die Wand fahren wollen. Dass sie die Ukraine als Vorwand nehmen, um ihre irrsinnige grüne Ideologie zu Ende zu bringen. Oder ist es so, dass die gesamte Regierung dermassen hirnlos ist, dass sie nicht erkennen können, was sie da anrichten? So oder so, nicht nur Baerbock, die gesamte Regierung muss umgehend zurücktreten. So, nur so, können sie wenigstens dann ihrem Amtseid im Nachhinein gerecht werden, denn mit ihrem Rücktritt würden sie weiteren Schaden von Deutschland abwenden. Weil das aber nicht geschehen wird, werden wir alle uns selbst mit unserem eigenen Geld entlasten müssen. In diesem Sinn sollten dann Lindner, Scholz & Co den Physiknobelpreis erhalten, für die Erfindung des Perpetuum mobile. Zumindest dem finanziellen.

Noch etwas zum Nachdenken: Wie können «Einmalzahlungen» sinnvoll sein, in einem Zustand rapide ansteigender und andauernder Inflation? Auch das läuft unter dem Motto: Nach mir die Sintflut!

Quelle: <https://www.anderweltonline.com/klartext/klartext-20222/das-entlastungspaket-der-regierung-ist-eine-mogelpackung/>

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte ‹Todesrune›, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Sünden und Hörigkeit, denn die ‹Todesrune› bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die ‹Todesrune› als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peace-symbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend

wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effectiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der ‹Todesrune›, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Größen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.-
250x250 mm	= CHF	6.-
300X300 mm	= CHF	12.-

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM ‹Billy› Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telefon +41(0)52 385 13 10, **Fax** +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3

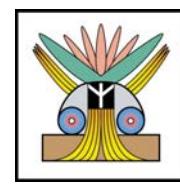
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>

Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.

SSSC, 10. September 2018, 16.43 h. Billy



© FIGU 2022

Einige Rechte vorbehalten.
Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter:
www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, ‹Freie Interessengemeinschaft Universell›, Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz